

**Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft  
und Verständnis ihrer Prinzipien**

**Vertraulich!**

## INHALT

	Seite
VORBEMERKUNG .....	1
VOLATILER RÜCKHALT .....	3
VERSTÄNDNIS DER ZENTRALEN PRINZIPIEN DES WIRTSCHAFTSSYSTEMS.....	11
DEFIZITE BEI DER UMSETZUNG WESENTLICHER PRINZIPIEN .....	17
MARKTWIRTSCHAFT UND SOZIALER AUSGLEICH IN AUSGEWOGENEM VERHÄLTNIS?.....	22
STAATLICHE INTERVENTIONEN – ERHEBLICHER DISSENS ZWISCHEN WIRTSCHAFT UND BEVÖLKERUNG.....	28
DIFFERENZIERTE BEWERTUNG KONKRETER STAATLICHER INTERVENTIONEN .....	34
INTERVENTIONEN IM AUSSENHANDEL .....	43
Wachsende Unterstützung für Protektionismus .....	47

## ANHANG

- Untersuchungsdaten
- Fragebogenauszug mit Originalanlagen

## VORBEMERKUNG

Das Vertrauen in das deutsche Wirtschaftssystem unterliegt im Zeitverlauf deutlichen Schwankungen. Zwar gab es in den letzten Jahrzehnten nie eine breite Bewegung, die das Wirtschaftssystem grundsätzlich in Frage stellte und von der Existenz einer überlegenen Alternative überzeugt war. Aber der Rückhalt für das System hängt eng mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage insgesamt und ihren Auswirkungen auf die materielle Situation der Bevölkerung zusammen. Damit hängt die Zustimmung zu dem Wirtschaftssystem in hohem Maße von seinem Erfolg und der Teilhabe der Bevölkerung an diesem Erfolg ab.

Daraus folgt zum einen, dass die Zustimmung zu dem System der Sozialen Marktwirtschaft nicht enttäuschungsfest ist, sondern in ökonomischen Schwächephasen erodiert. Zum anderen zeigen die Schwankungen in den letzten beiden Jahrzehnten auch, dass der Rückhalt nur begrenzt auf der grundsätzlichen Zustimmung zu den Prinzipien des Systems beruht.

In der pragmatischen Auseinandersetzung mit den jeweils aktuellen Herausforderungen werden ordnungspolitische Debatten nur noch sehr begrenzt und in engen Zirkeln geführt. Das ist besonders bemerkenswert im Blick auf Ostdeutschland, wo es aufgrund des politischen wie ökonomischen Systemwechsels nahegelegen hätte, intensive ordnungspolitische Debatten zu führen. Das dies nicht geschah, hat wohl auch damit zu tun, dass das Scheitern des einen und die Übernahme des anderen Systems schon für sich genommen als klare und überzeugende Botschaft galt. Heute werden die Folgen dieser versäumten ordnungspolitischen Debatten und Überzeugungsarbeit nur zu sichtbar.

Dies zeigen auch die Daten der vorliegenden Studie, die zum einen die Akzeptanz des Wirtschaftssystems im Zeitverlauf analysiert, vor allem jedoch auch das Verständnis für seine Prinzipien. Dabei steht unter anderem die Rolle des Staates in einer Sozialen Marktwirtschaft im Mittelpunkt und die Beziehung von einer freien Marktwirtschaft und sozialem Ausgleich. Geprüft wird auch, wie weit aktuelle Entscheidungen von der Bevölkerung auf einen ordnungspolitischen Rahmen bezogen und in diesem Rahmen bewertet werden.

Die Untersuchung baut auf ein Gutachten des Eucken-Instituts zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auf<sup>1</sup>. Die Daten stützen sich auf 1.077 Interviews, repräsentativ für die Bevölkerung ab 16 Jahre. Ergänzend wurden Führungsspitzen aus Wirtschaft und Politik im Rahmen des Elite-Panels zu ihrer Einschätzung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft und der Ausgewogenheit von marktwirtschaftlichen Freiräumen und sozialem Ausgleich befragt.

Die Untersuchungsdaten, die Zusammensetzung der Stichprobe und die Fragen im Wortlaut sind im Anhang dieses Berichts zusammengestellt.

Allensbach am Bodensee,  
am 12. September 2023

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

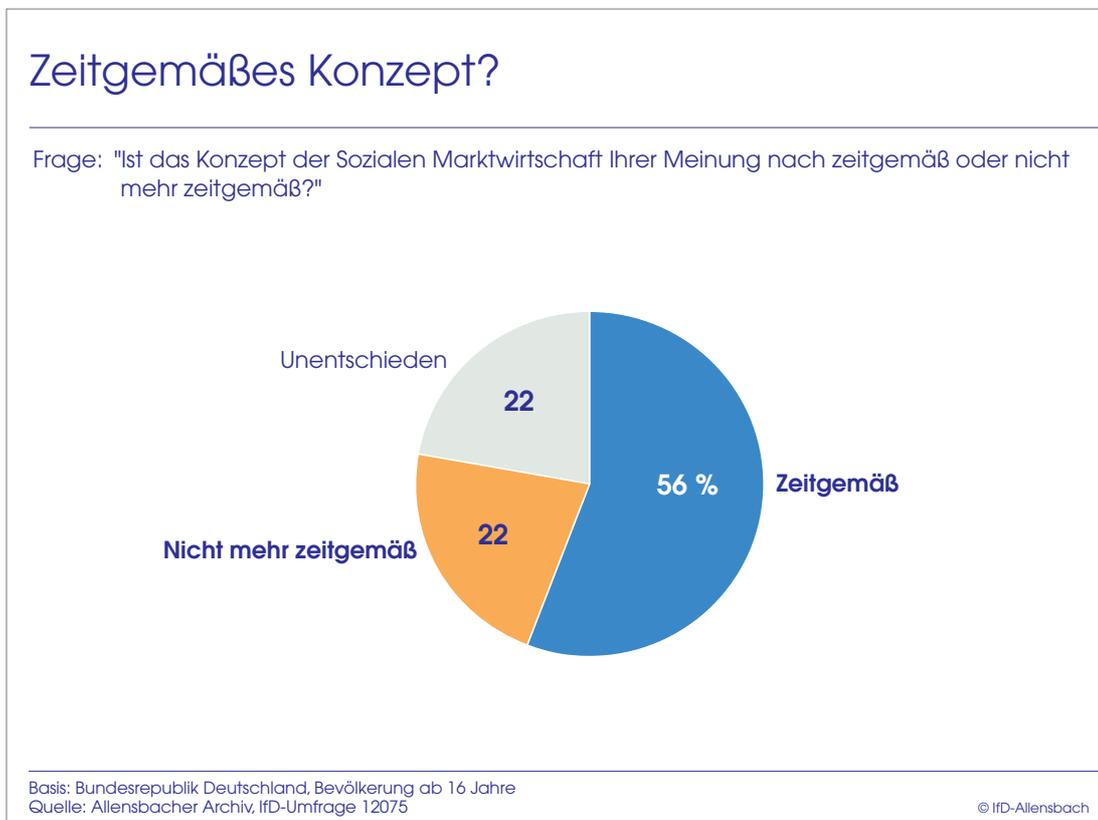
---

<sup>1</sup> Feld, Lars/Nientiedt, Daniel (2023): Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

## VOLATILER RÜCKHALT

Die Mehrheit der Bevölkerung hält das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft auch heute für zeitgemäß. Diese Überzeugung wird quer durch die Generationen und sozialen Schichten in ähnlichem Maße vertreten. Allerdings ist es keine überwältigende Mehrheit: 56 Prozent der Bevölkerung halten das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft für zeitgemäß; 22 Prozent widersprechen dezidiert, ebenso viele trauen sich kein Urteil zu. Generell ist bei ordnungspolitischen Fragen meist ein bemerkenswert hoher Anteil derjenigen zu verzeichnen, die sich kein Urteil zutrauen.

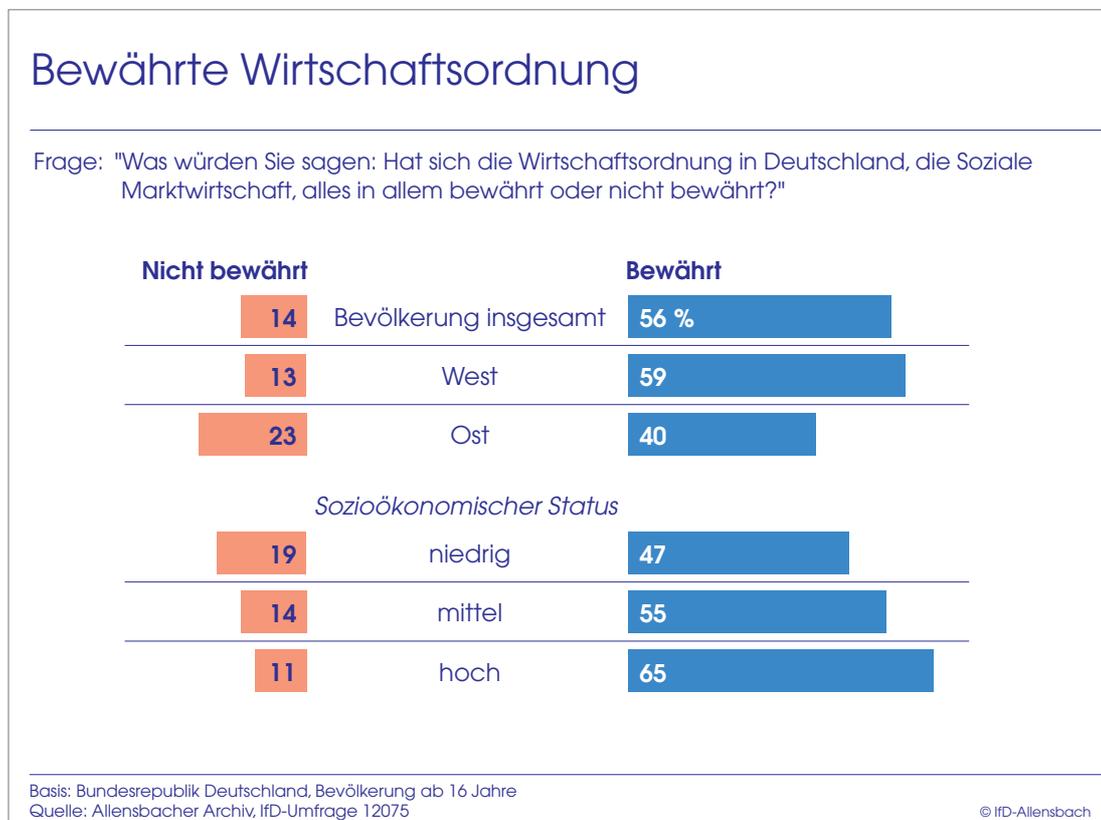
*Schaubild 1*



Diese Urteilsunsicherheit zeigt sich noch deutlicher, wenn die Erfolgsbilanz der Sozialen Marktwirtschaft zur Diskussion steht. Zwar ziehen auch hier 56 Prozent der Bevölkerung die Bilanz, dass sich die Soziale Marktwirtschaft in den letzten Jahrzehnten bewährt hat. Lediglich 14 Prozent fällen ein kritisches Urteil, aber 30 Prozent enthalten

sich der Stimme. Dabei gibt es signifikante Unterschiede zwischen West und Ost, aber auch zwischen den sozialen Schichten. Während 59 Prozent der westdeutschen Bevölkerung der Sozialen Marktwirtschaft attestieren, dass sie sich im Zeitverlauf alles in allem bewährt hat, schließen sich nur 40 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung diesem Urteil an. 23 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung fällen ein kritisches Urteil. Die Bilanz der sozialen Schichten unterscheidet sich vor allem in der Überzeugung, dass sich das System bewährt hat: Zwei Drittel in den höheren sozialen Schichten sind davon überzeugt, aber nur knapp die Hälfte aus den schwächeren sozialen Schichten.

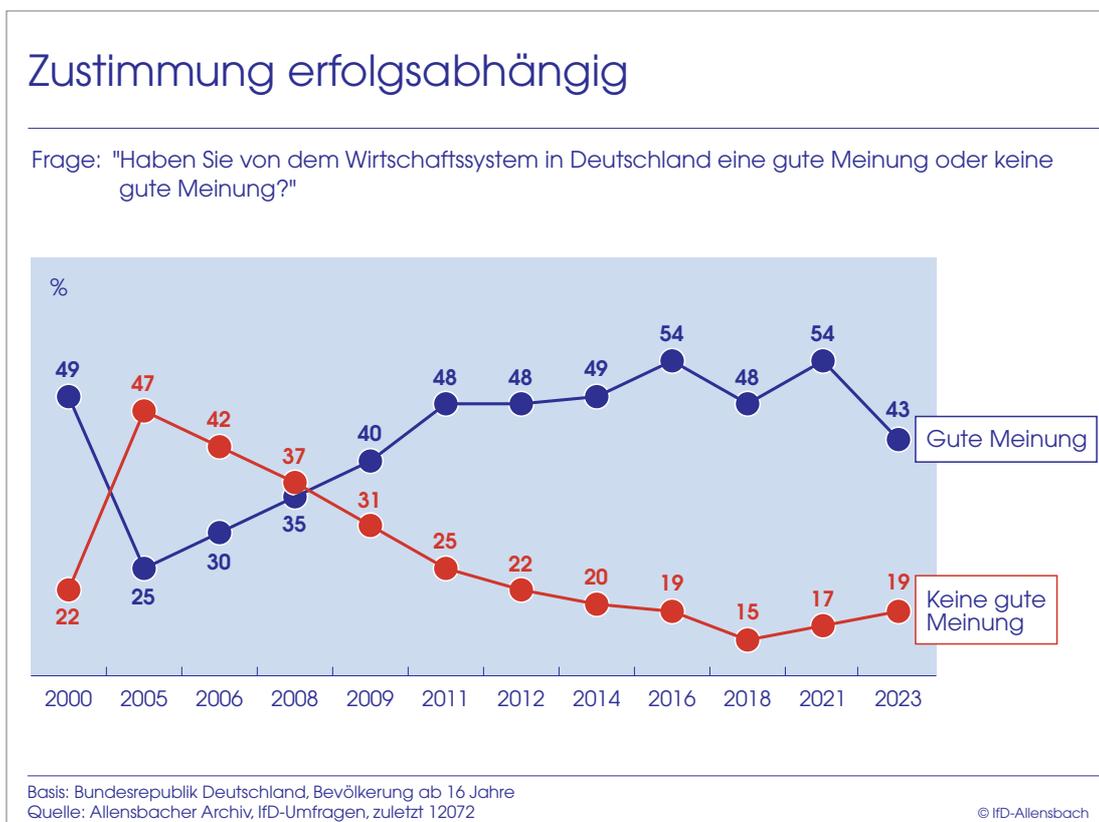
Schaubild 2



Wie stark der Rückhalt für das Wirtschaftssystem von der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung abhängt, zeigt ein Langzeittrend, der auch die Phase der Wachstumsschwäche zwischen 2000 und 2005 abdeckt. Überwog 2000 noch eine positive Grundhaltung, schlug sie unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Probleme in den folgenden Jahren völlig um: Im Jahr 2000 bewerteten 22 Prozent in der Summe das deutsche

Wirtschaftssystem kritisch, 2005 dagegen 47 Prozent. Danach gingen kritische Urteile langsam, aber kontinuierlich zurück. 2009 überwogen positive Bewertungen wieder deutlich; 2021 bewerteten dann 54 Prozent die Soziale Marktwirtschaft positiv, nur 17 Prozent negativ. Seither wächst unter dem Eindruck der aktuellen wirtschaftlichen Probleme die Verunsicherung wieder: Zwar haben negative Urteile nur marginal zugenommen, doch sind positive Bewertungen signifikant zurückgegangen, in den letzten beiden Jahren von 54 auf 43 Prozent.

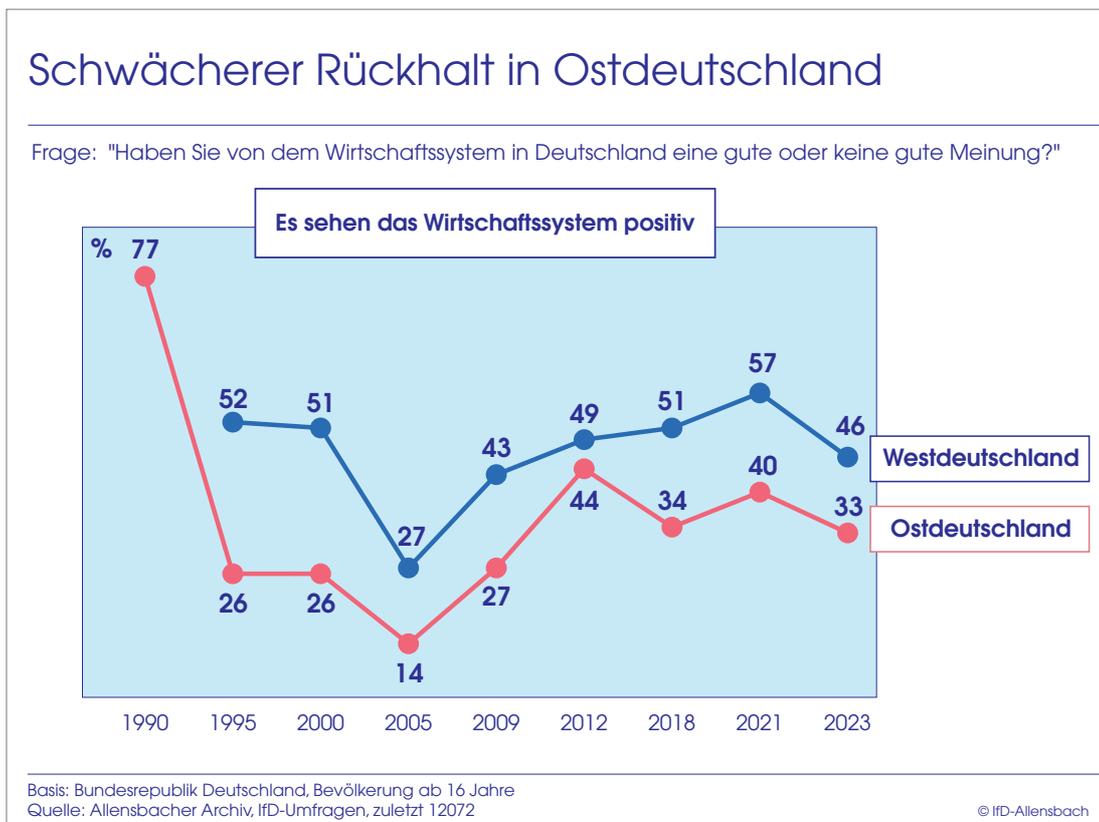
Schaubild 3



Extrem ist die Schwankungsbreite in Ostdeutschland. Dort wurde die Marktwirtschaft nach der Wende mit geradezu euphorischen Hoffnungen begrüßt. 1990 hatten 77 Prozent der Ostdeutschen von dem für sie neuen Wirtschaftssystem eine gute Meinung. Unter dem Eindruck des dramatischen ökonomischen Transformationsprozesses in Ostdeutschland und der Rezession 1992/93 stürzte diese Zustimmung auf 26 Prozent ab und ging in der Phase der Wachstumsschwäche zwischen 2000 und 2005 weiter auf

14 Prozent zurück. Danach verbesserten sich die Werte wie in Westdeutschland, doch wurde nie mehr das westdeutsche Zustimmungsniveau erreicht. Aktuell bewerten 33 Prozent der Ostdeutschen das Wirtschaftssystem positiv, 24 Prozent kritisch; die größte Gruppe, 43 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung, trauen sich kein Urteil zu bzw. sehen gleichermaßen Stärken wie Schwächen. Auch in Westdeutschland ist dieser Anteil mit 36 Prozent hoch und in letzter Zeit angestiegen.

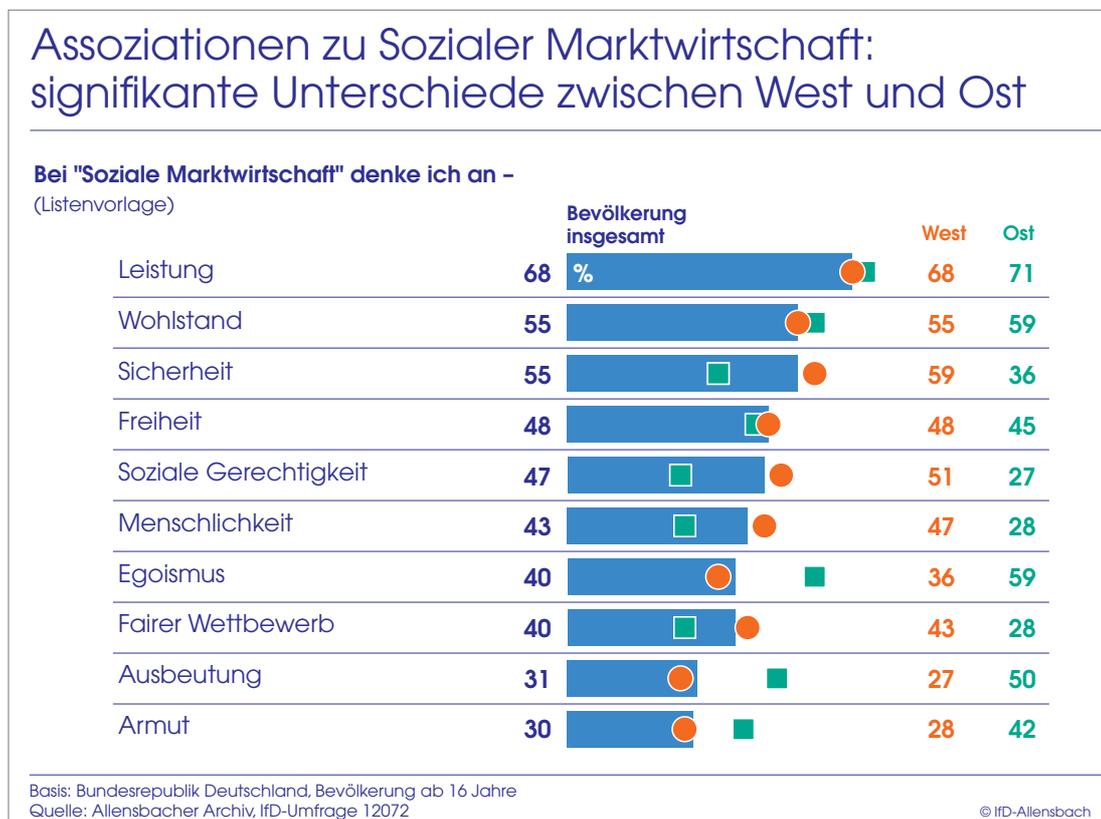
Schaubild 4



Die Assoziationen zu Sozialer Marktwirtschaft lassen die Unterschiede zwischen Ost und West noch klarer hervortreten als die summarische Zustimmung bzw. Ablehnung. Die Bevölkerung assoziiert Soziale Marktwirtschaft in erster Linie mit Leistung, Wohlstand, Sicherheit, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Dabei werden Leistung, Wohlstand und Freiheit sowohl in Westdeutschland wie in Ostdeutschland in hohem Maße mit der Sozialen Marktwirtschaft assoziiert. Das gilt jedoch nicht für Sicherheit und soziale Gerechtigkeit, auch nicht für Menschlichkeit und fairen Wettbewerb:

59 Prozent der Westdeutschen assoziieren Soziale Marktwirtschaft mit Sicherheit, dagegen nur 36 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung. Soziale Gerechtigkeit verbinden 51 Prozent der Westdeutschen, aber nur jeder vierte Ostdeutsche mit Sozialer Marktwirtschaft, fairen Wettbewerb 43 Prozent der Westdeutschen, 28 Prozent der Ostdeutschen. Umgekehrt assoziiert die ostdeutsche Bevölkerung Soziale Marktwirtschaft weitaus mehr als die westdeutsche mit Egoismus, Ausbeutung und Armut: 59 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung verbinden Soziale Marktwirtschaft gedanklich mit Egoismus, dagegen nur 36 Prozent der westdeutschen; an Ausbeutung denken 50 Prozent der Ostdeutschen, 27 Prozent der Westdeutschen.

Schaubild 5



Die Unterschiede in Ost und West sind in hohem Maße das Ergebnis anderer historischer Erfahrungen und Prägungen. Die westdeutsche Bevölkerung stand dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft keineswegs von Anbeginn an positiv gegenüber. Der all-

mähliche Rückzug des Staates aus einer umfassenden Regulierung, z. B. bei Preisfestsetzungen, traf in den 50er Jahren weit verbreitet auf Misstrauen. Ludwig Erhard war zu diesem Zeitpunkt einer der unpopulärsten Politiker der Republik<sup>1</sup>. Erst mit dem sukzessiv eintretenden Erfolg wuchs das Vertrauen in das Modell der Sozialen Marktwirtschaft und wurde auch durch den Vergleich mit der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR befestigt.

Während die westdeutsche Bevölkerung zur Sozialen Marktwirtschaft über einen langen Zeitraum Vertrauen fassen konnte, war die Ernüchterung der ostdeutschen Bevölkerung nach der Euphorie der ersten Stunde außerordentlich groß. So eindrucksvoll die Bilanz der ökonomischen Entwicklung in Ostdeutschland über die letzten Jahrzehnte ist, wirkt diese Phase der Ernüchterung, in der das marktwirtschaftliche System als zerstörerisch und risikobehaftet wahrgenommen wurde, bis heute nach. Die meisten waren auf die Risiken und Härten eines freiheitlichen Systems nicht vorbereitet. Dazu kommen Prägungen durch die ideologischen Auseinandersetzungen in den Jahrzehnten der Teilung.

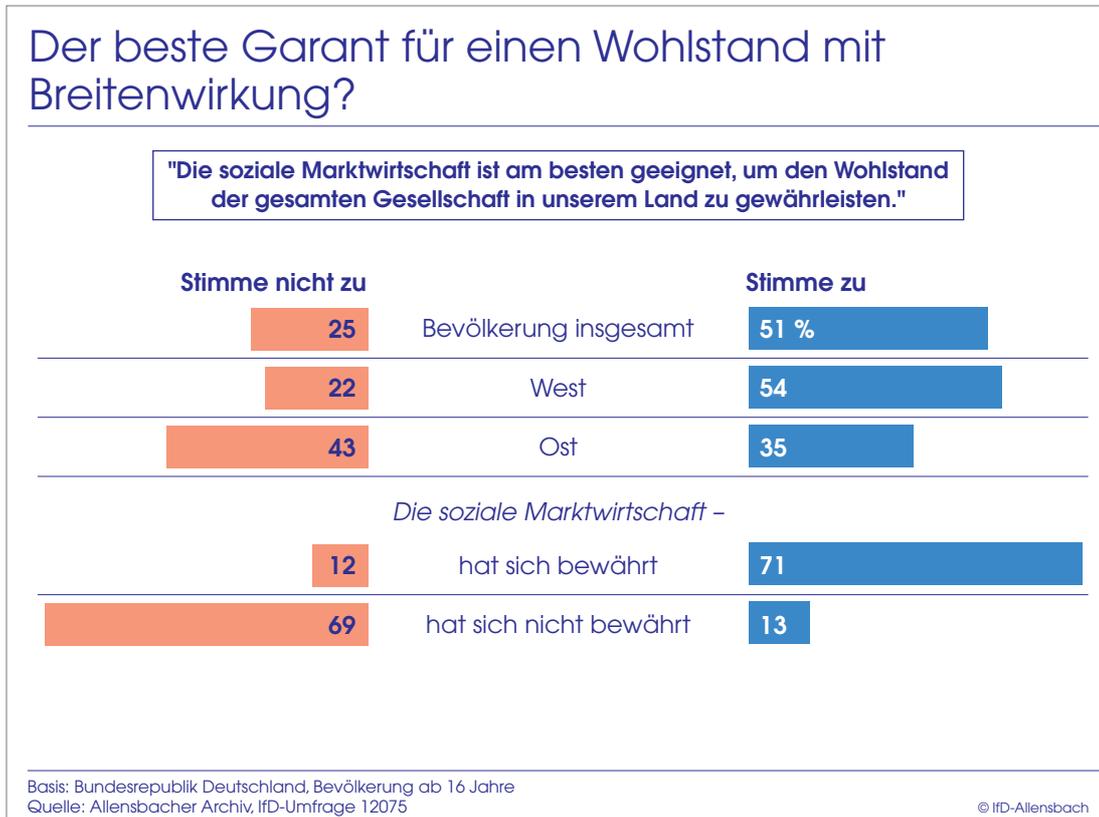
Obwohl auch die ostdeutsche Bevölkerung die Soziale Marktwirtschaft ähnlich wie die westdeutsche durchaus mit Wohlstand assoziiert, überwiegen doch die Zweifel, ob dieses System der beste Garant für einen Wohlstand mit Breitenwirkung ist. In Westdeutschland stimmen 54 Prozent der Bevölkerung der These zu, dass die Soziale Marktwirtschaft am besten geeignet ist, um den Wohlstand der gesamten Gesellschaft im Land zu gewährleisten; lediglich 22 Prozent widersprechen. In Ostdeutschland überwiegt dagegen die Skepsis: Nur 35 Prozent vertrauen darauf, dass die Soziale Marktwirtschaft am besten einen Wohlstand in der Breite der Gesellschaft garantiert, 43 Prozent melden dezidierte Zweifel an. Wie sehr das Vertrauen in die Marktwirtschaft mit dem Versprechen von Wohlstand und Teilhabe am Wohlstand verknüpft ist, zeigt die enge Korrelation mit der Einschätzung, ob die Soziale Marktwirtschaft sich in Deutschland bewährt hat. Von denjenigen, die der Marktwirtschaft attestieren, dass sie sich bewährt hat, halten 71 Prozent sie für das beste System, um einen Wohlstand mit Breitenwirkung zu garantieren; dagegen stimmen 69 Prozent derjenigen, die der

---

<sup>1</sup> Köcher, Renate (2017). Der Erfolg legitimiert die Marktwirtschaft. Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung: Wohlstand für alle – geht's noch?, S. 38-39.

Marktwirtschaft absprechen, dass sie sich über die letzten Jahrzehnte bewährt hat, der Gegenposition zu.

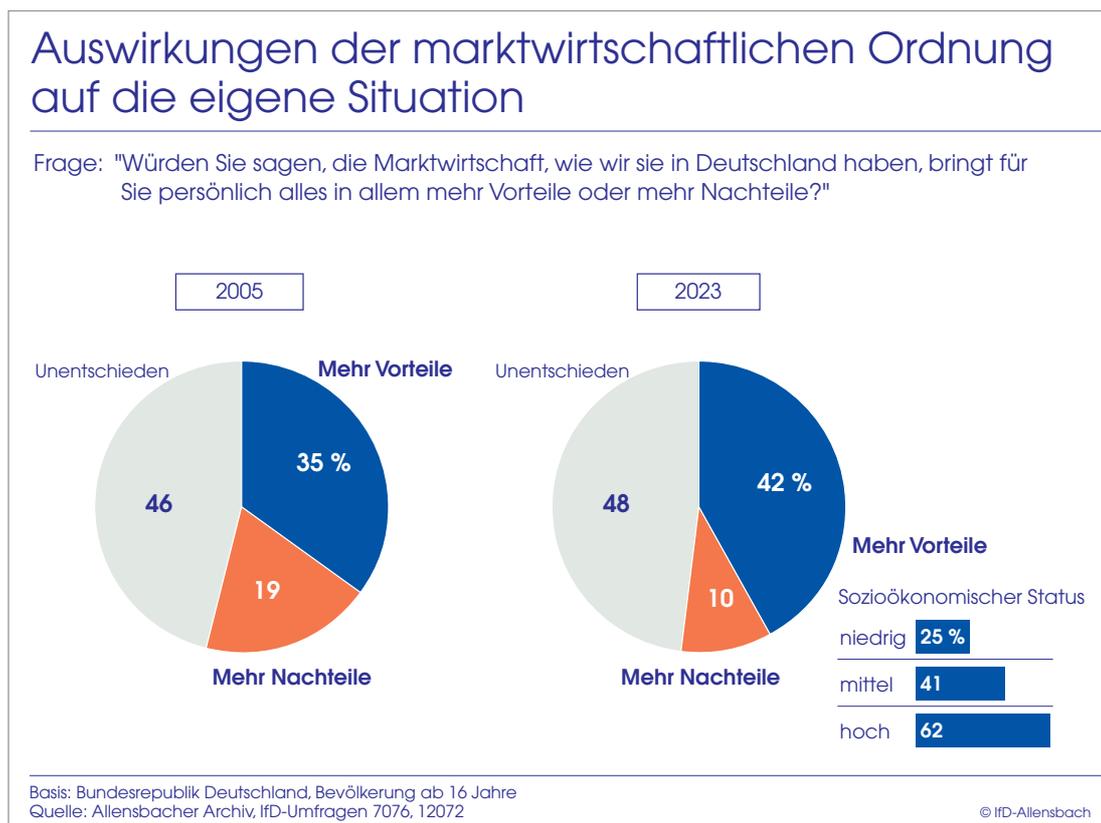
Schaubild 6



Persönlich haben 42 Prozent der Bevölkerung den Eindruck, dass sie von dem deutschen Wirtschaftssystem profitieren. Das ist ein höherer Anteil als 2005 am Ende der mehrjährigen Wachstumsschwäche und relativ hoher Arbeitslosigkeit, aber auch jetzt eine Minderheit der Bevölkerung, wenn auch eine starke Minderheit. 10 Prozent der Bevölkerung ziehen die Bilanz, dass das deutsche Wirtschaftssystem ihnen überwiegend Nachteile bringt. In Ostdeutschland ist davon jeder Fünfte überzeugt, während 31 Prozent die Bilanz ziehen, dass dieses System ihnen persönlich Vorteile bringt. In Westdeutschland sehen sich dagegen 45 Prozent als Nutznießer des Systems, während nur 7 Prozent überzeugt sind, dass sie durch das deutsche Wirtschaftssystem überwiegend Nachteile erleiden. Sowohl in West wie in Ost stellt knapp die Hälfte der Bevölkerung jedoch keine Beziehung zwischen dem ordnungspolitischen Rahmen und ihrer

persönlichen Situation her. Dieses Phänomen ist ausgeprägt schichtgebunden. In den schwächeren sozialen Schichten trauen sich 61 Prozent kein Urteil zu, ob das deutsche Wirtschaftssystem ihnen überwiegend Vorteile oder Nachteile bringt, in den höheren sozialen Schichten dagegen nur 33 Prozent. Soweit ein Zusammenhang mit der eigenen Lage hergestellt wird, trennen sich die Schichten weitaus mehr bei der Überzeugung, dass das marktwirtschaftliche System ihnen Nutzen stiftet als dass sie sich als Leidtragende dieser Wirtschaftsordnung sehen. Die Überzeugung, durch das marktwirtschaftliche System Nachteile zu erleiden, vertreten in den schwächeren sozialen Schichten 14 Prozent, in der Mittelschicht 10 und in den höheren sozialen Schichten 5 Prozent. Dagegen sehen sich 62 Prozent in den höheren sozialen Schichten als Nutznießer des Systems, 41 Prozent in der Mittelschicht, 25 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten.

Schaubild 7



## VERSTÄNDNIS DER ZENTRALEN PRINZIPIEN DES WIRTSCHAFTS- SYSTEMS

Feld und Nientiedt benennen aufbauend auf Eucken sieben konstituierende Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft, ergänzt um regulierende Prinzipien. Als konstituierende Merkmale gelten

- die Sicherung von Wettbewerb als Basis eines funktionsfähigen Preissystems,
- die Sicherung von Geldwertstabilität durch das Primat der Währungspolitik,
- offene Märkte im Inneren (gesichert durch freie Berufswahl, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit) wie im Außenhandel durch den Verzicht auf Handels-  
hemmnisse,
- Privateigentum und freie Verfügung über das private Eigentum,
- Vertragsfreiheit,
- Haftung, d.h. die Übernahme von Verantwortung für das eigene wirtschaftliche Handeln durch alle Marktteilnehmer und
- die Konstanz der Wirtschaftspolitik zur Sicherung verlässlicher Rahmenbedin-  
gungen für Unternehmen und Konsumenten.

Die regulierenden Prinzipien sind vor allem an den Zielen orientiert, Fehlentwicklungen entgegenzuwirken – z.B. durch eine wirksame Monopolkontrolle –, negative externe Effekte des Wirtschaftens wie Umweltschäden zu begrenzen und auf unterschiedliche Weise für sozialen Ausgleich zu sorgen.

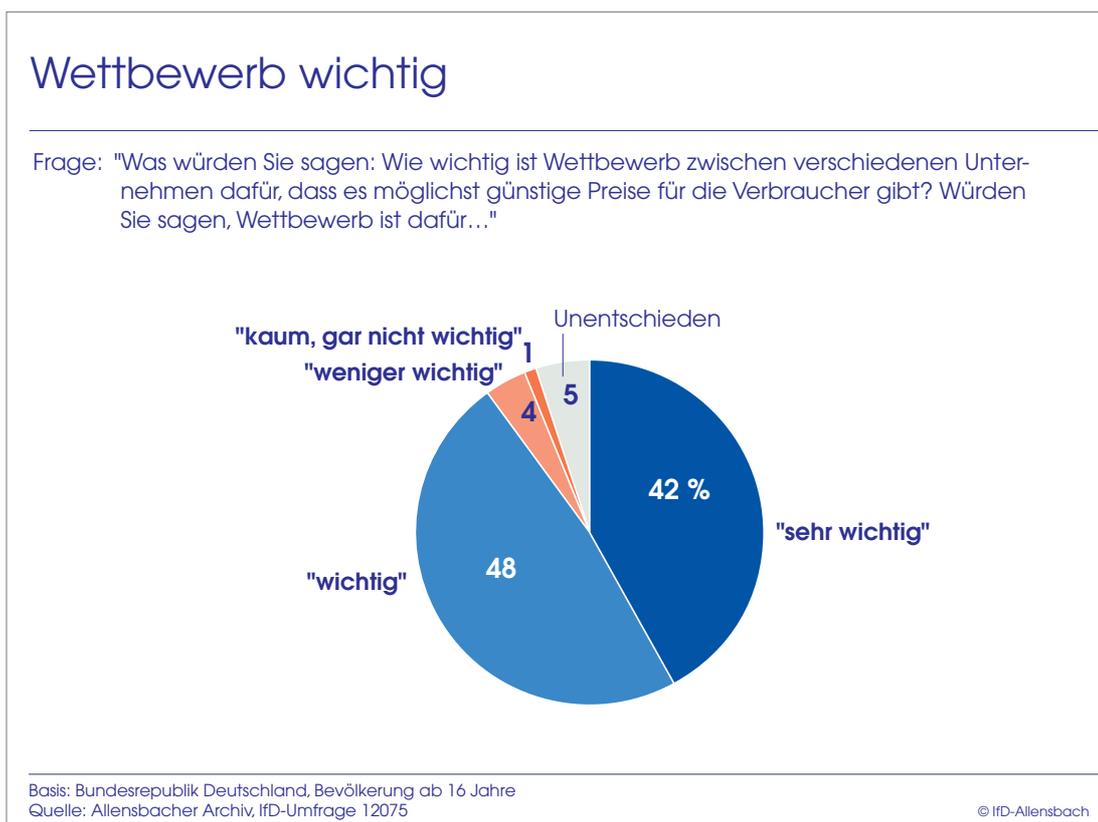
In den Vorstellungen der Bevölkerung von den zentralen Prinzipien der deutschen Wirtschaftsordnung spielen die regulierenden Prinzipien, insbesondere der soziale Ausgleich, eine außerordentlich große Rolle, teilweise größer als konstituierende Prinzipien wie Wettbewerb, die Sicherung von Preisstabilität, Vertragsfreiheit oder die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen durch die Wirtschaftspolitik. So zählen zu den Prinzipien, die von der großen Mehrheit der Bevölkerung als zentral bewertet werden, vor allem

- die staatliche soziale Absicherung für Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit,
- die Absicherung sozial Schwächerer,
- festgelegte Mindestlöhne sowie

- die freie Berufswahl und
- die freie Verfügung über das persönliche Eigentum.

Diese Prinzipien zählen zwischen 81 und 72 Prozent der Bevölkerung zu den zentralen Prinzipien des Wirtschaftssystems, gefolgt von der Umverteilung über Steuern und Sozialabgaben, um auch Bedürftige abzusichern. Erst dann folgt das Grundprinzip, dass das System auf Wettbewerb setzt, um ein funktionsfähiges Preissystem zu schaffen. 60 Prozent der Bevölkerung stufen dies als zentrales Prinzip des deutschen Wirtschaftssystem ein. Dabei zweifelt die überwältigende Mehrheit keineswegs an der Bedeutung des Wettbewerbs zwischen Unternehmen, um für möglichst günstige Preise zu sorgen. 90 Prozent der Bevölkerung halten Wettbewerb für wichtig oder sogar sehr wichtig, um dieses Ziel zu erfüllen.

Schaubild 8



Trotzdem wird dieses Grundprinzip signifikant weniger als konstituierendes Merkmal des Wirtschaftssystems identifiziert als die soziale Absicherung, Mindestlöhne oder die freie Verfügung über das persönliche Eigentum. Auch auf den nächsten Rängen folgen vor allem regulierende Prinzipien, vor allem Tarifautonomie, die Haftung von Personen und Unternehmen für ihr wirtschaftliches Handeln und eine unabhängige Wettbewerbsbehörde.

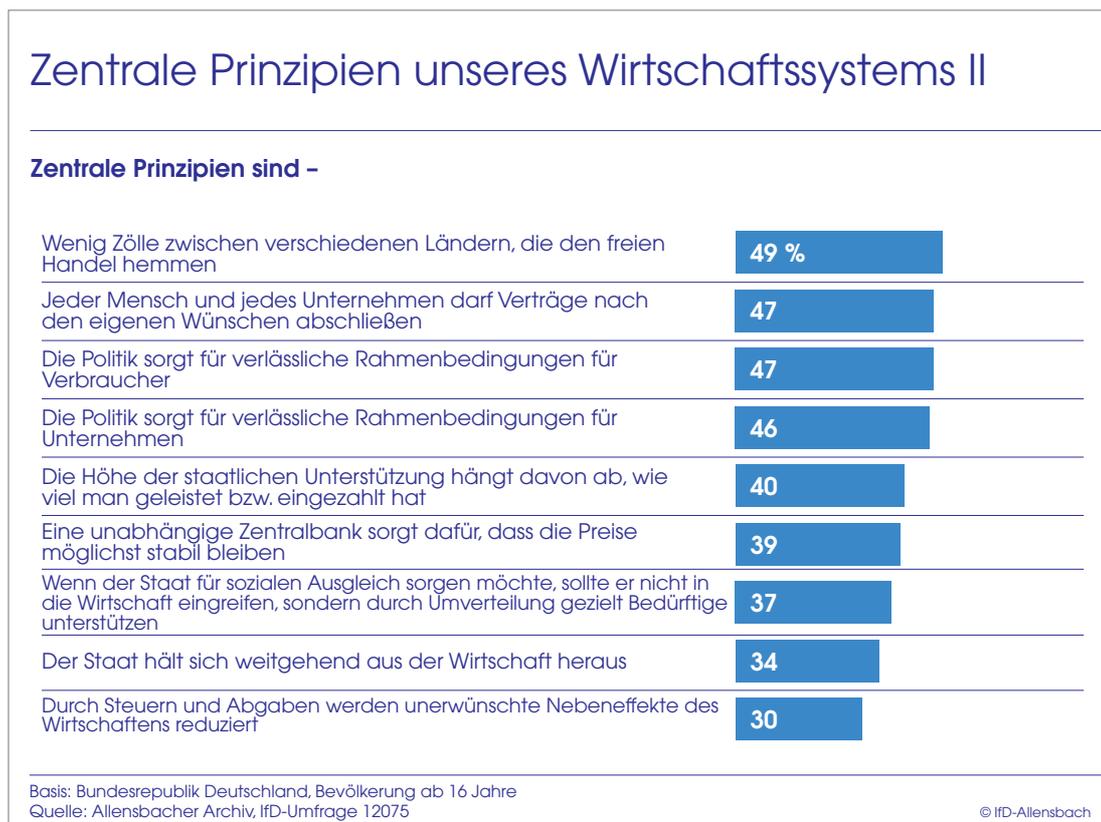
Schaubild 9



Knapp die Hälfte der Bevölkerung zählt darüber hinaus wenig Handelshemmnisse, Vertragsfreiheit und verlässliche Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Verbraucher zu den zentralen Prinzipien; damit rangieren wichtige Grundprinzipien des Wirtschaftssystems im Mittelfeld der ordnungspolitischen Vorstellungen der Bevölkerung. Noch weniger Bedeutung wird der Sicherung von Preisstabilität durch eine unabhängige Zentralbank beigemessen, der Zurückhaltung bei Eingriffen in die Wirtschaft und der Reduzierung unerwünschter Nebeneffekte des Wirtschaftens durch Steuern und

Abgaben. Die Vorstellung, dass der Staat zugunsten von sozialem Ausgleich nicht direkt in die Wirtschaft eingreift, sondern durch Umverteilung gezielt Bedürftige unterstützt, ist nur für 37 Prozent eine wesentliche Leitlinie des Wirtschaftssystems, ein Staat, der sich weitgehend aus der Wirtschaft heraushält, für 34 Prozent und die Sicherung von Preisstabilität durch eine unabhängige Zentralbank für 39 Prozent.

Schaubild 10



Wenn eine Bewertung vorgenommen werden soll, welche Prinzipien für eine gut funktionierende Wirtschaft von besonderer Bedeutung sind, verändert sich die Rangfolge der Bevölkerung teilweise in bemerkenswerter Weise. Zwar steht auch in diesem Ranking die soziale Absicherung durch den Staat an der Spitze, aber gleichauf mit der freien Verfügung über das persönliche Eigentum und der freien Berufswahl. Verlässliche Rahmenbedingungen für Verbraucher und Unternehmen ziehen in diesem Ranking unter die Top 10: 60 Prozent der Bevölkerung halten verlässliche Rahmenbedin-

gungen für die Verbraucher für besonders wichtig für eine gut funktionierende Wirtschaft, ähnlich viele verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen. Auch die persönliche Haftung von Unternehmen und die Sicherung möglichst günstiger Preise durch Wettbewerb zählt die Mehrheit zu den besonders wichtigen Prinzipien für eine gut funktionierende Wirtschaft.

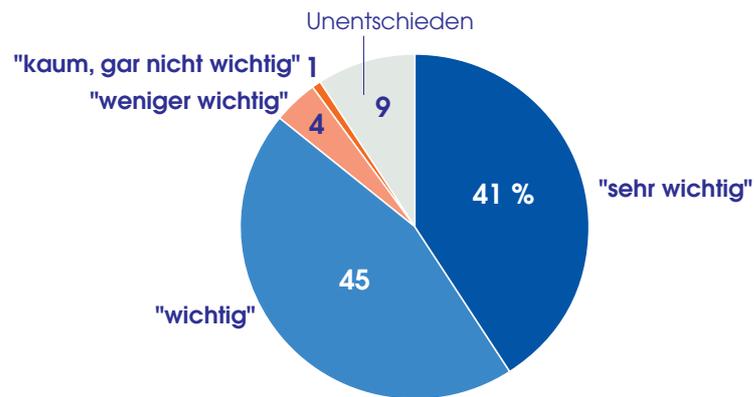
Schaubild 11



Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sieht die Prinzipien, auf denen das System der Sozialen Marktwirtschaft aufbaut, als wesentliche Leitlinie für politisches Handeln. 86 Prozent der Prozent halten es für wichtig oder sogar sehr wichtig, dass sich die Politik bei ihren Entscheidungen an diesen Prinzipien orientiert. Auch wenn die Bürger den verschiedenen Prinzipien unterschiedliche Bedeutung beimessen, ist der überwältigenden Mehrheit durchaus bewusst, dass politische Entscheidungen gegen Grundprinzipien der Marktwirtschaft hohe Risiken bergen.

## Grundprinzipien der Marktwirtschaft Leitlinie für die Politik

Frage: "Für wie wichtig halten Sie es, dass die Politik sich bei ihren Entscheidungen an diesen Prinzipien orientiert? Halten Sie das für..."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12075

© IfD-Allensbach

## DEFIZITE BEI DER UMSETZUNG WESENTLICHER PRINZIPIEN

Wieweit die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland tatsächlich verwirklicht sind, wird sehr differenziert bewertet. Einige grundlegende Prinzipien hält die große Mehrheit für verwirklicht. Das gilt neben der freien Berufswahl für die Verfügung über das private Eigentum und die Vertragsfreiheit, sowie insbesondere für die regulierenden Prinzipien der sozialen Absicherung, die Sicherung von Mindestlöhnen und die Tarifautonomie. Drei Viertel der Bevölkerung sehen das Prinzip der sozialen Absicherung von Hilfsbedürftigen als erfüllt an, 71 Prozent generell die breite soziale Absicherung im Alter, im Krankheitsfall und bei Arbeitslosigkeit. Die freie Verfügung über das persönliche Eigentum halten 68 Prozent der Bevölkerung für verwirklicht, die Vertragsfreiheit 55 Prozent. Zurückhaltend wird die Umsetzung des marktwirtschaftlichen Grundprinzips bewertet, ein funktionierendes Preissystem durch Konkurrenz und Wettbewerb sicherzustellen. Hier sind nur 48 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass dieses Ziel gut umgesetzt ist. Ähnlich wird die Umsetzung des Haftungsprinzips und die Öffnung des nationalen Marktes für freien Handel bewertet.

Schaubild 13



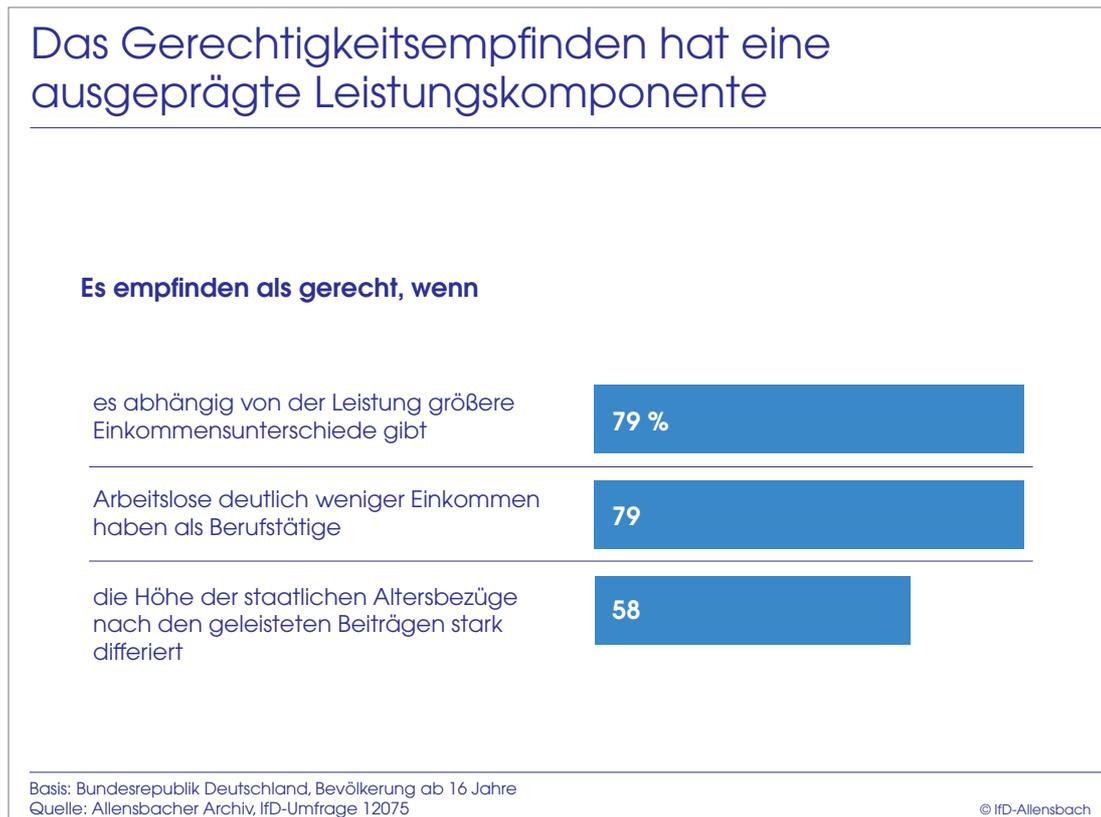
Von den Prinzipien, die aus Sicht der Mehrheit zentral sind, gelten die meisten als relativ gut verwirklicht. Das gilt insbesondere für die soziale Absicherung und Mindestlöhne sowie für die Sicherung von Privateigentum, die freie Berufswahl und die Tarifautonomie. 81 Prozent der Bevölkerung zählen die staatliche soziale Absicherung zu den zentralen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, 71 Prozent halten sie für verwirklicht; für 72 Prozent gehört die freie Verfügung über das persönliche Eigentum zu den zentralen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, 68 Prozent halten dieses Prinzip für gut umgesetzt. Rund 60 Prozent zählen die Tarifautonomie zu den zentralen Prinzipien und sehen sie auch gleichzeitig umgesetzt. Unter den Prinzipien, die die Mehrheit für zentral hält, gibt es nur wenig, bei denen die Verwirklichung als defizitär angesehen wird. Das gilt insbesondere für die Umverteilung durch Steuern und Sozialabgaben, um auch Bedürftige abzusichern und für das Bestreben, Menschen weitgehend gleiche Chancen zu verschaffen; obwohl die soziale Absicherung und gerade auch die staatliche Unterstützung von Bedürftigen von der großen Mehrheit als gegeben angesehen wird, wird interessanterweise die Umverteilung durch Steuern und Sozialabgaben wesentlich kritischer gesehen: 66 Prozent halten sie für ein zentrales Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft, nur 42 Prozent halten sie für gut verwirklicht. Bemühungen um Chancengleichheit zählen 54 Prozent zu den zentralen Prinzipien der Marktwirtschaft, 35 Prozent halten sie für verwirklicht. Auch die Sicherung eines funktionierenden Preissystems durch Wettbewerb und die Sicherung des Wettbewerbs durch eine Wettbewerbsbehörde bleibt nach den Vorstellungen der Bevölkerung hinter dem, was notwendig wäre, zurück: 60 Prozent zählen die Sicherung eines funktionierenden Preissystems durch Konkurrenz und Wettbewerb zu den zentralen Prinzipien, 48 Prozent halten dieses Prinzip in Deutschland für gut verwirklicht.



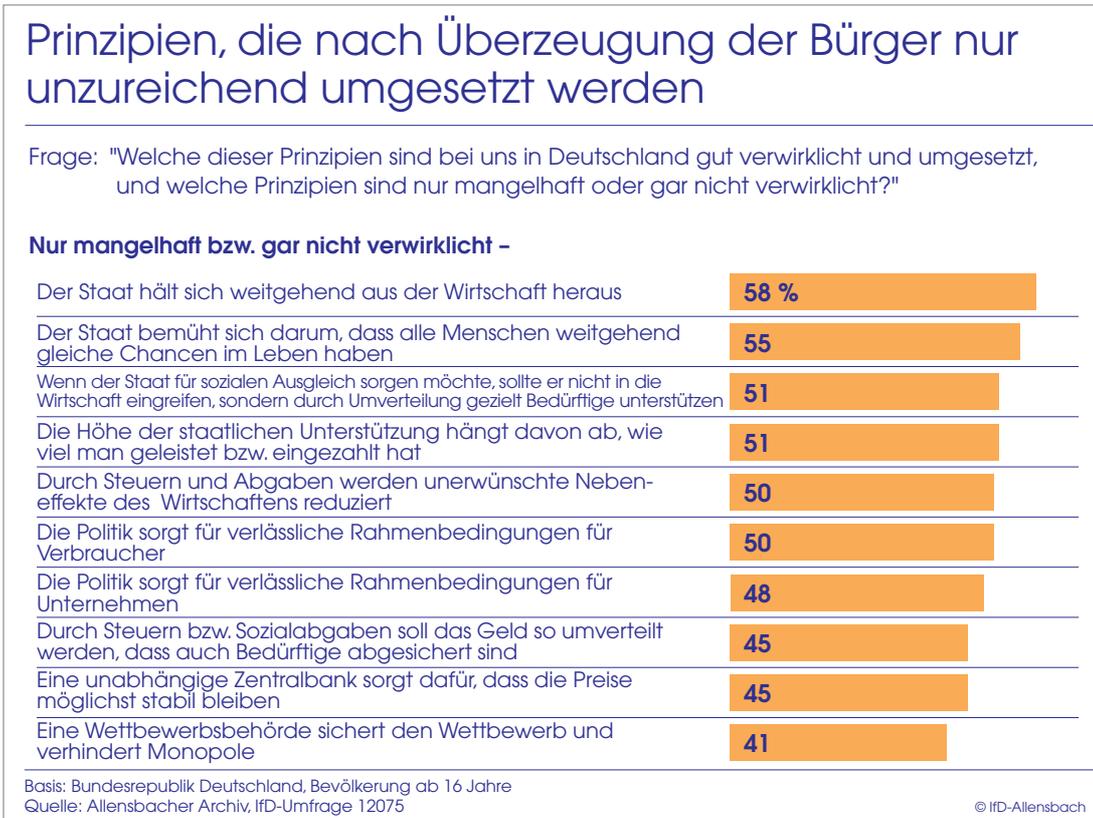
Mehrere Prinzipien sind aus der Sicht der Mehrheit der Bevölkerung nur mangelhaft oder überhaupt nicht verwirklicht. Das gilt insbesondere für den weitgehenden Verzicht auf staatliche Interventionen in der Wirtschaft, die Sicherung von Chancengleichheit, die Sicherung des sozialen Ausgleichs durch Umverteilung statt durch staatliche Interventionen in die Wirtschaft und das Äquivalenzprinzip, d.h. die Bindung der staatlichen Unterstützung an geleistete Beiträge. Letzteres halten 51 Prozent der Bevölkerung für mangelhaft umgesetzt. Es wird oft übersehen, dass das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung eine ausgeprägte Leistungskomponente hat; so befürwortet die überwältigende Mehrheit größere Einkommensunterschiede abhängig von der Leistung, einen deutlichen Abstand zwischen Erwerbs- und Transferabkommen und die Abhängigkeit der staatlichen Altersbezüge von den geleisteten Beiträgen. 79 Prozent der Bevölkerung empfinden größere Einkommensunterschiede als gerecht,

wenn sie eine unterschiedliche Leistung berücksichtigen, ebenso viele einen deutlichen Abstand zwischen den Einkommen von Erwerbstätigen und der Unterstützung für Arbeitslose.

Schaubild 15



Jeder Zweite ist auch überzeugt, dass die Reduzierung unerwünschter Nebeneffekte wirtschaftlicher Tätigkeit durch Steuern und Abgaben unzureichend umgesetzt wird. Dasselbe gilt für verlässliche Rahmenbedingungen für Verbraucher und Unternehmen. 50 Prozent der Bevölkerung sehen verlässliche Rahmenbedingungen für Verbraucher als nur mangelhaft oder überhaupt nicht verwirklicht, 48 Prozent fällen dieses Urteil in Bezug auf verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Dass 45 Prozent auch die Sicherung von Preisstabilität durch eine unabhängige Zentralbank ähnlich kritisch sehen, dürfte allerdings der aktuellen Situation mit hoher Inflation geschuldet sein.



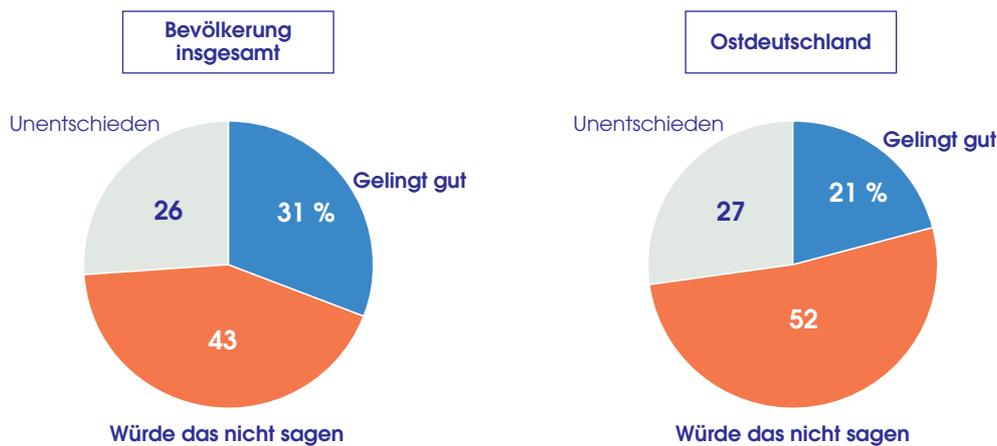
Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Bevölkerung bei der Umsetzung einiger zentraler Prinzipien gravierende Defizite sieht, insbesondere in Bezug auf die Art und Weise, wie sozialer Ausgleich gestaltet wird und in Bezug auf die Rolle und Verlässlichkeit des Staates.

## MARKTWIRTSCHAFT UND SOZIALER AUSGLEICH IN AUSGEWOGENEM VERHÄLTNIS?

Die Soziale Marktwirtschaft ist an dem Ziel ausgerichtet, eine freie und funktionierende Marktwirtschaft mit sozialem Ausgleich zu verbinden und damit eine breite Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg zu sichern. Weite Teile der Bevölkerung sehen sowohl Defizite bei der Sicherung von marktwirtschaftlichen Prinzipien wie bei der Organisation von sozialem Ausgleich. Auch die Vereinbarung von marktwirtschaftlichen Prinzipien und sozialem Ausgleich wird eher kritisch bewertet. Nur 31 Prozent der Bevölkerung ziehen die Bilanz, dass es in Deutschland gut gelingt, Freiheit auf dem Markt mit sozialem Ausgleich zu verbinden. 43 Prozent halten die Verbindung beider Anliegen für unzureichend, jeder Vierte ist in dieser Frage unentschieden. Die ostdeutsche Bevölkerung zieht eine noch wesentlich kritischere Bilanz: Dort hat nur jeder Fünfte den Eindruck, dass es gut gelingt, Freiheit auf dem Markt mit sozialem Ausgleich zu verbinden, 52 Prozent widersprechen dezidiert. Diejenigen, die der Sozialen Marktwirtschaft attestieren, dass sie sich über die letzten Jahrzehnte hinweg in Deutschland bewährt hat, ziehen zwar eine positivere Bilanz; aber auch von ihnen ist nur knapp jeder Zweite überzeugt, dass die Verbindung von Marktwirtschaft und sozialem Ausgleich in Deutschland alles in allem gut gelingt.

## Unbefriedigende Verbindung von Marktwirtschaft und sozialem Ausgleich

Frage: "Die Soziale Marktwirtschaft hat ja das Ziel, Freiheit auf dem Markt mit sozialem Ausgleich zu verbinden. Würden Sie sagen, diese Verbindung von Marktwirtschaft und sozialem Ausgleich gelingt in Deutschland alles in allem recht gut, oder würden Sie das nicht sagen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12075

© IFD-Allensbach

Nach dem Eindruck der Bevölkerung überwiegen eher Marktinteressen als das Ziel, sozialen Ausgleich herzustellen. Gebeten, ihren Eindruck von dem Verhältnis von Marktwirtschaft und sozialem Ausgleich anhand einer Skala von 1 (marktwirtschaftliche Interessen überwiegen ganz) bis 5 (soziale Interessen überwiegen ganz) zu beschreiben, diagnostizieren 45 Prozent einen Überhang an marktwirtschaftlicher Ausrichtung, 21 Prozent einen Überhang am Ziel des sozialen Ausgleichs. Die Langzeitanalyse lässt allerdings erkennen, dass sich die Wahrnehmung der Bevölkerung verschoben hat: Vor gut 10 Jahren hatten lediglich 8 Prozent der Bevölkerung den Eindruck, dass das Ziel des sozialen Ausgleichs weitgehend oder gänzlich überwiegt, aktuell 21 Prozent; gegenläufig ist die Einschätzung, dass die Ausrichtung an dem Ziel einer freien Marktwirtschaft überwiegt, von 60 auf 45 Prozent zurückgegangen.

## Viele haben den Eindruck, dass die Ausrichtung an einer freien Wirtschaft gegenüber sozialem Ausgleich dominiert

Frage: "Soziale Marktwirtschaft meint ja eine Wirtschaftsordnung, in der eine freie Marktwirtschaft und sozialer Ausgleich miteinander verbunden sind. In welchem Verhältnis stehen Marktwirtschaft und Soziales heute bei uns zueinander? Sagen Sie es mir nach diesem Blatt hier. 1 würde bedeuten, die Marktwirtschaft überwiegt ganz, Soziales gibt es nur am Rande. 3 würde bedeuten, Marktwirtschaft und Soziales haben den gleichen Anteil, und 5 würde bedeuten, das Soziale überwiegt ganz, die Marktwirtschaft gibt es nur am Rande. Welche Zahl zwischen 1 und 5 drückt Ihrer Meinung nach am besten aus, in welchem Verhältnis heute beides zueinander steht?"

	2000	2010	2023	
	%	%	%	
1 (Marktwirtschaft überwiegt ganz)	12	14	10	} 45
2	38	46	35	
3 (gleicher Anteil)	34	25	27	
4	9	7	16	} 21
5 (Soziales überwiegt ganz)	1	1	5	
Keine Angabe	6	7	7	
	100	100	100	

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6099, 10065, 12075

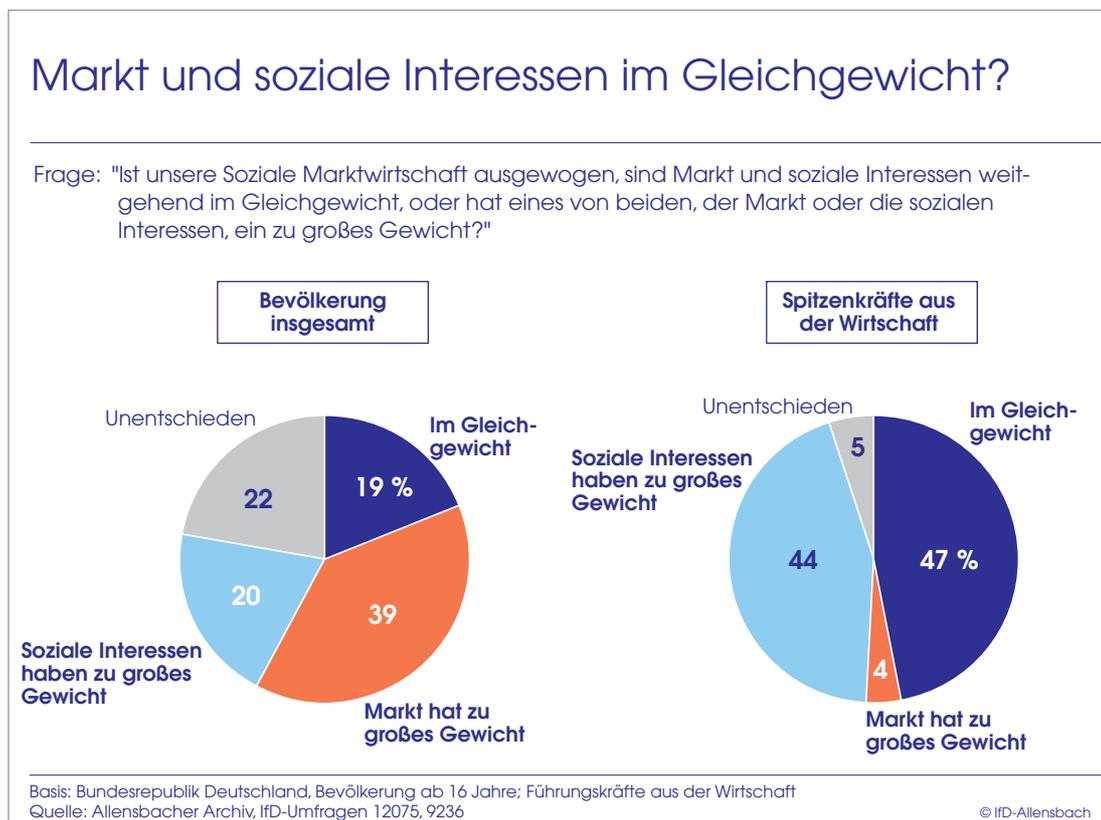
© IfD-Allensbach

Die Wunschvorstellung der Mehrheit ist ein ausgewogenes Verhältnis. Gebeten, anhand derselben Skala ihre Idealvorstellung von dem Verhältnis zwischen Marktwirtschaft und sozialem Ausgleich zu beschreiben, wählen nur Minderheiten ein Überwiegen marktwirtschaftlicher Interessen wie ein Überwiegen von Zielen des sozialen Ausgleichs. 59 Prozent wünschen sich ein Gleichgewicht von marktwirtschaftlichen Prinzipien, 16 Prozent eine Dominanz der Ausrichtung auf freie Märkte, 22 Prozent eine Dominanz der Ausrichtung auf sozialen Ausgleich.

Die Vorstellungen, wann ein ausgewogenes Verhältnis vorliegt, variieren zwangsläufig, abhängig von dem Wissensstand und persönlichen Erfahrungen, von Interessen, Weltbildern und Wertvorstellungen. Führungskräfte aus der Wirtschaft nehmen das Verhältnis von Markt und sozialen Interessen völlig anders wahr als die Bevölkerung. Während in der Bevölkerung 39 Prozent die Position vertreten, dass der Markt in der

deutschen Sozialen Marktwirtschaft ein zu großes Gewicht hat und lediglich 19 Prozent ein Gleichgewicht mit dem Ziel des sozialen Ausgleichs diagnostizieren, vertreten 44 Prozent der Spitzenkräfte aus der Wirtschaft die Auffassung, dass soziale Interessen ein zu großes Gewicht haben, während nur 4 Prozent ein zu großes Gewicht marktwirtschaftlicher Mechanismen sehen. In der Bevölkerung fällt auch die Bewertung in West und Ost noch einmal unterschiedlich aus. In Ostdeutschland vertritt knapp die Hälfte der Bevölkerung die Position, dass marktwirtschaftliche Interessen in dem deutschen Wirtschaftssystem eine zu große Rolle spielen, während nur 14 Prozent Markt und sozialen Ausgleich im Gleichgewicht sehen. In Westdeutschland vertreten 37 Prozent die Ansicht, dass der Markt ein zu großes Gewicht hat, 21 Prozent sehen eine ausgewogene Balance von Markt und sozialem Ausgleich.

Schaubild 19



Wenn die drei Standpunkte argumentativ vorgetragen werden, verringert sich der Anteil der Unentschiedenen in der Bevölkerung, jedoch kaum der Anteil, der das Ziel des

sozialen Ausgleichs für unterbewertet hält: 40 Prozent der Bevölkerung schließen sich der Auffassung an, dass zu wenig Wert auf sozialen Ausgleich gelegt wird und damit die deutsche Marktwirtschaft nicht wirklich sozial ist. Lediglich 16 Prozent sind überzeugt, dass zu viel Wert auf sozialen Ausgleich gelegt und damit die Wirtschaft eingeengt wird. 36 Prozent halten die freie Marktwirtschaft und das Ziel des sozialen Ausgleichs für gut ausgewogen; sie vertreten die Auffassung, dass die sozialen Regelungen der Wirtschaft genügend Spielraum lassen und gleichzeitig das Ziel sozialer Absicherung der Schwächeren erreichen. Bei dieser Positionierung gibt es signifikante Unterschiede zwischen den sozialen Schichten. Die höheren Schichten haben weit überdurchschnittlich den Eindruck, dass auf sozialen Ausgleich zuviel Wert gelegt wird nehmen hier eine deutlich abweichende Position sowohl von den schwächeren sozialen Schichten wie von der Mittelschicht ein.

Schaubild 20

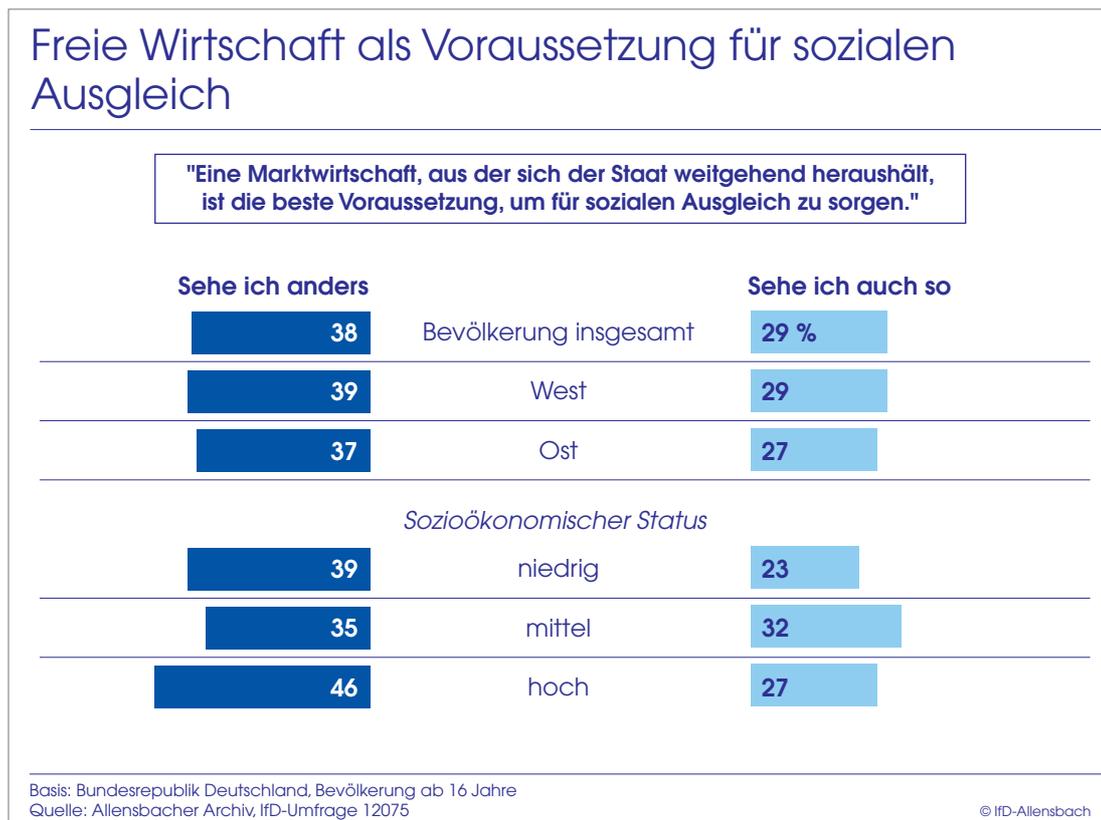
	Bevölkerung insgesamt	Sozioökonomischer Status		
		niedrig %	mittel %	hoch %
<b>"Wir legen zu viel Wert auf sozialen Ausgleich. Dadurch wird die Wirtschaft eingeengt und kann sich nicht wirklich frei entfalten."</b>	<b>16</b>	<b>5</b>	<b>13</b>	<b>35</b>
<b>"Wir legen zu wenig Wert auf sozialen Ausgleich. Unsere Marktwirtschaft ist nicht wirklich sozial, denn die Schwachen bleiben immer auf der Strecke."</b>	<b>40</b>	<b>44</b>	<b>44</b>	<b>27</b>
<b>"Freie Marktwirtschaft und soziale Absicherung sind bei uns gut ausgewogen. Die sozialen Regelungen lassen der Wirtschaft noch genügend Spielraum und sorgen dafür, dass die Schwachen nicht untergehen."</b>	<b>36</b>	<b>39</b>	<b>36</b>	<b>33</b>

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12075

© IFD-Allensbach

Die Bürger haben auch Probleme mit der Vorstellung, dass eine freie Wirtschaft, aus der sich der Staat weitgehend heraushält, die besten Voraussetzungen für sozialen Ausgleich schafft. Nur 29 Prozent halten diese Position für schlüssig, 38 Prozent sehen sie kritisch. Interessanterweise beziehen die höheren sozialen Schichten überdurchschnittlich gegen diese Vorstellung Position.

Schaubild 21

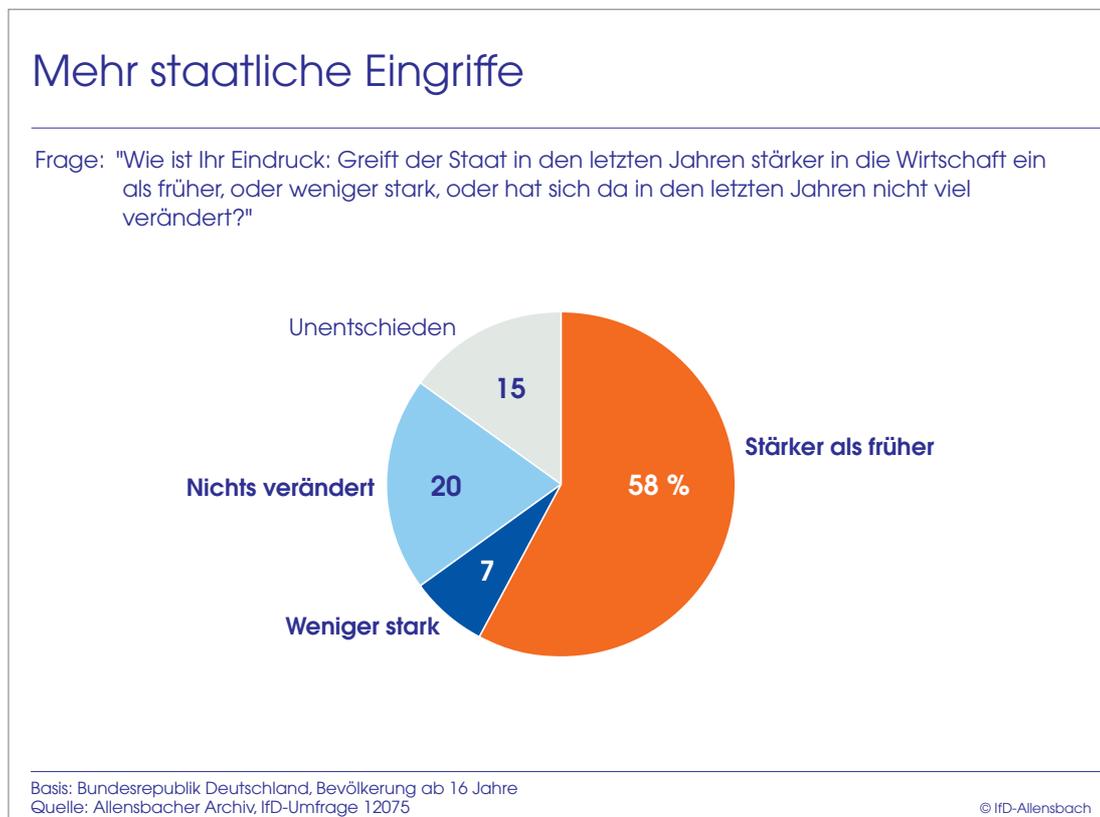


Der Bevölkerung ist ein ganzheitlicher Ansatz näher, der nicht die Freiheit der Wirtschaft von sozialem Ausgleich trennt und wie zwei aufeinanderfolgende Phasen behandelt. Die Vorstellungen von der angemessenen Rolle des Staates in Bezug auf die Wirtschaft sind jedoch teilweise diffus.

## STAATLICHE INTERVENTIONEN – ERHEBLICHER DISSENS ZWISCHEN WIRTSCHAFT UND BEVÖLKERUNG

Die Mehrheit der Bevölkerung hat den Eindruck, dass staatliche Interventionen in der Wirtschaft zunehmen. 58 Prozent ziehen diese Bilanz, während lediglich 7 Prozent den Eindruck haben, dass der Staat sich zurücknimmt. Angesichts der staatlichen Interventionen während der Pandemie und nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges wie angesichts der Beschlüsse und Maßnahmen im Zusammenhang mit Klimaschutzziele kann die Einschätzung der Mehrheit kaum verwundern – eher die Einschätzung der doch großen Gruppe der Bevölkerung, die davon ausgeht, dass sich bei den staatlichen Interventionen nichts verändert hat bzw. dass sie sogar zurückgefahren wurden. Überdurchschnittlich ziehen die ostdeutsche Bevölkerung, die höheren sozialen Schichten und die Generation der 30- bis 44-Jährigen die Bilanz, dass die staatlichen Interventionen zugenommen haben.

*Schaubild 22*



Trotz der Wahrnehmung zunehmender staatlicher Interventionen hält nur eine Minderheit die staatlichen Eingriffe für überzogen. 28 Prozent der Bevölkerung vertreten diese Position, während 30 Prozent das Ausmaß der staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft für angemessen halten, 14 Prozent sich sogar eine Ausweitung wünschen. Ein großer Anteil der Bevölkerung, insgesamt 28 Prozent, traut sich in dieser Frage kein Urteil zu. Diese Unsicherheit in der Einschätzung der derzeitigen staatlichen Interventionen ist in Ostdeutschland noch weiter verbreitet als in Westdeutschland; bei denjenigen, die hier eine klare Meinung haben, ist Kritik am Ausmaß staatlicher Interventionen in Ostdeutschland jedoch signifikant weiter verbreitet als in Westdeutschland: 26 Prozent der westdeutschen, aber 38 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung monieren, dass der Staat unter dem Eindruck der derzeitigen Krisen zu viel in die Wirtschaft eingreift.

Schaubild 23

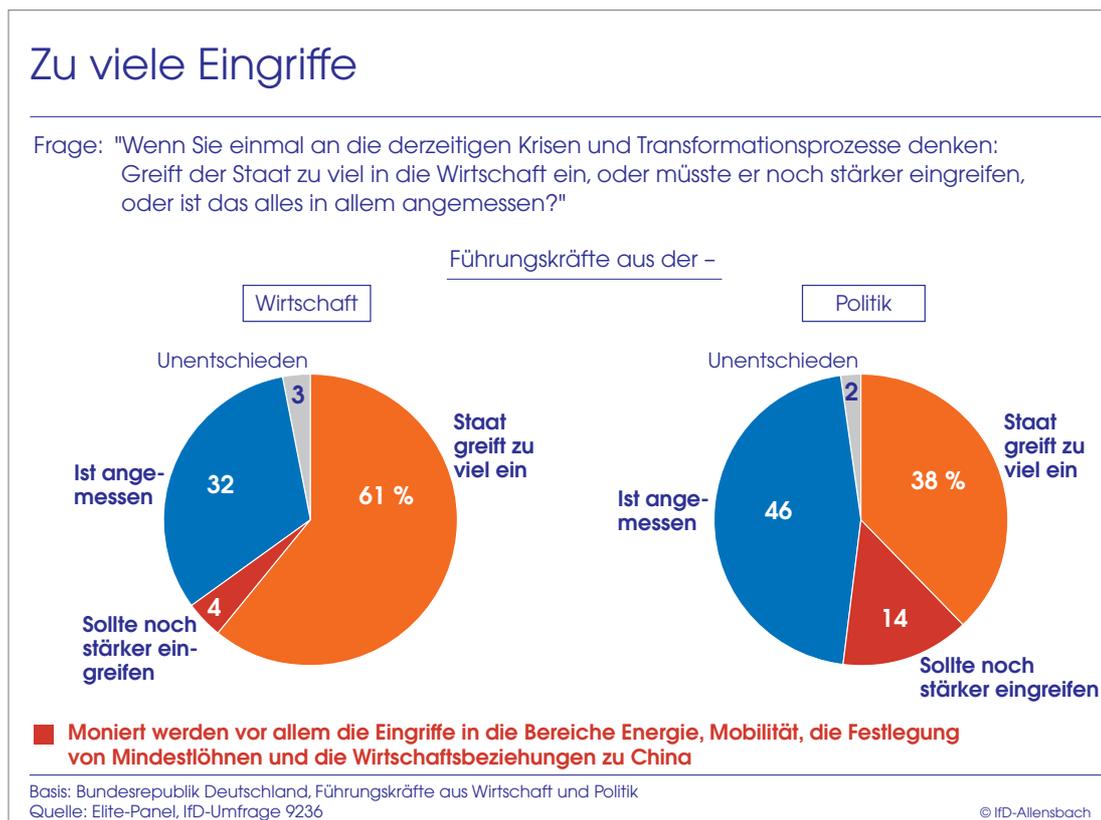
	Bevölkerung		
	insgesamt %	West %	Ost %
<b>Zu viel</b>	<b>28</b>	<b>26</b>	<b>38</b>
<b>Sollte noch stärker eingreifen</b>	<b>14</b>	<b>14</b>	<b>12</b>
<b>Ist angemessen</b>	<b>30</b>	<b>33</b>	<b>18</b>
Unentschieden	<b>28</b>	<b>27</b>	<b>32</b>
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12075

© IFD-Allensbach

Die befragten Führungskräfte aus Wirtschaft und Politik bewerten das derzeitige Ausmaß staatlicher Interventionen anders als die Bevölkerung; das gilt insbesondere für die Führungskräfte aus der Wirtschaft, die mit großer Mehrheit ein Übermaß an staatlichen Interventionen kritisieren: 61 Prozent der Führungskräfte aus der Wirtschaft halten die derzeitigen Eingriffe für überzogen, lediglich 4 Prozent fordern stärkere Eingriffe ein. Auch unter den Führungsspitzen aus der Politik ist nur eine Minderheit überzeugt, dass der Staat noch stärker in die Wirtschaftsabläufe eingreifen sollte; von ihnen halten 38 Prozent die staatlichen Interventionen für überzogen, 46 Prozent jedoch für angemessen. Von denjenigen, die ein Übermaß an staatlichen Interventionen kritisieren, werden vor allem die Eingriffe in die Bereiche Energie, Mobilität, die Wirtschaftsbeziehungen zu China und die Festlegung von Mindestlöhnen kritisiert.

Schaubild 24



Auch die Gegenprobe, wie weit die Unternehmen nach Einschätzung von Bevölkerung und Führungskräften aus Wirtschaft und Politik ausreichend Handlungsspielraum haben, zeigt gravierende Unterschiede zwischen den Führungsspitzen aus Wirtschaft und Politik, vor allem aber auch zwischen der Wirtschaft und der Bevölkerung auf. 39 Prozent der Bevölkerung halten den Handlungsspielraum von Unternehmen für ausreichend, 31 Prozent die unternehmerischen Freiheitsspielräume für zu stark eingeschränkt. Auch hier urteilt die ostdeutsche Bevölkerung kritischer als die westdeutsche: Nur 26 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung sind überzeugt, dass die Unternehmen ausreichend Spielraum haben, 36 Prozent halten ihre Freiheit für zu stark eingeschränkt. Auch hier ist jedoch der Anteil derjenigen, die sich kein eindeutiges Urteil zutrauen, in Ostdeutschland signifikant größer als in Westdeutschland.

Schaubild 25

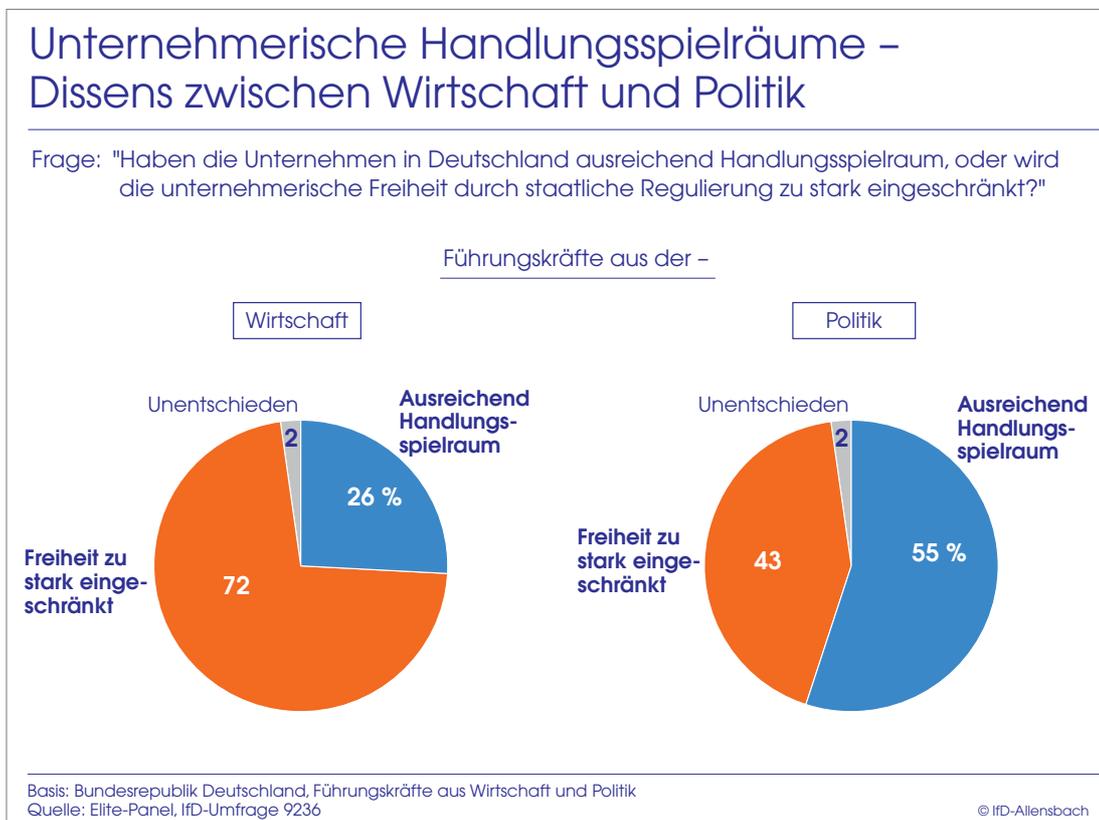
Ausreichend Spielraum für Unternehmen? Gespaltenes Meinungsbild			
Frage: "Haben die Unternehmen in Deutschland ausreichend Handlungsspielraum, oder wird die unternehmerische Freiheit durch staatliche Regulierung zu stark eingeschränkt?"			
	Bevölkerung		
	insgesamt	West	Ost
	%	%	%
<b>Ausreichend Handlungsspielraum</b>	<b>39</b>	<b>42</b>	<b>26</b>
<b>Freiheit zu stark eingeschränkt</b>	<b>31</b>	<b>30</b>	<b>36</b>
Unentschieden	<b>30</b>	<b>28</b>	<b>38</b>
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12075

© IfD-Allensbach

Bei den Führungsspitzen aus der Politik überwiegt die Überzeugung, dass die Unternehmen in Deutschland ausreichend Handlungsspielraum haben und die unternehmerische Freiheit nicht über Gebühr eingeschränkt ist. 55 Prozent der Führungsspitzen aus der Politik vertreten diese Auffassung, eine große Gruppe (43 Prozent) hält jedoch die Einschränkungen der unternehmerischen Freiheit durch staatliche Regulierung für überzogen. In der Wirtschaft gibt es einen breiten Konsens, dass die Freiheit der Unternehmen durch den Staat zu stark beschränkt wird. 72 Prozent der Führungskräfte aus der Wirtschaft vertreten diese Auffassung, nur jeder Vierte hält den unternehmerischen Freiheitsspielraum für ausreichend.

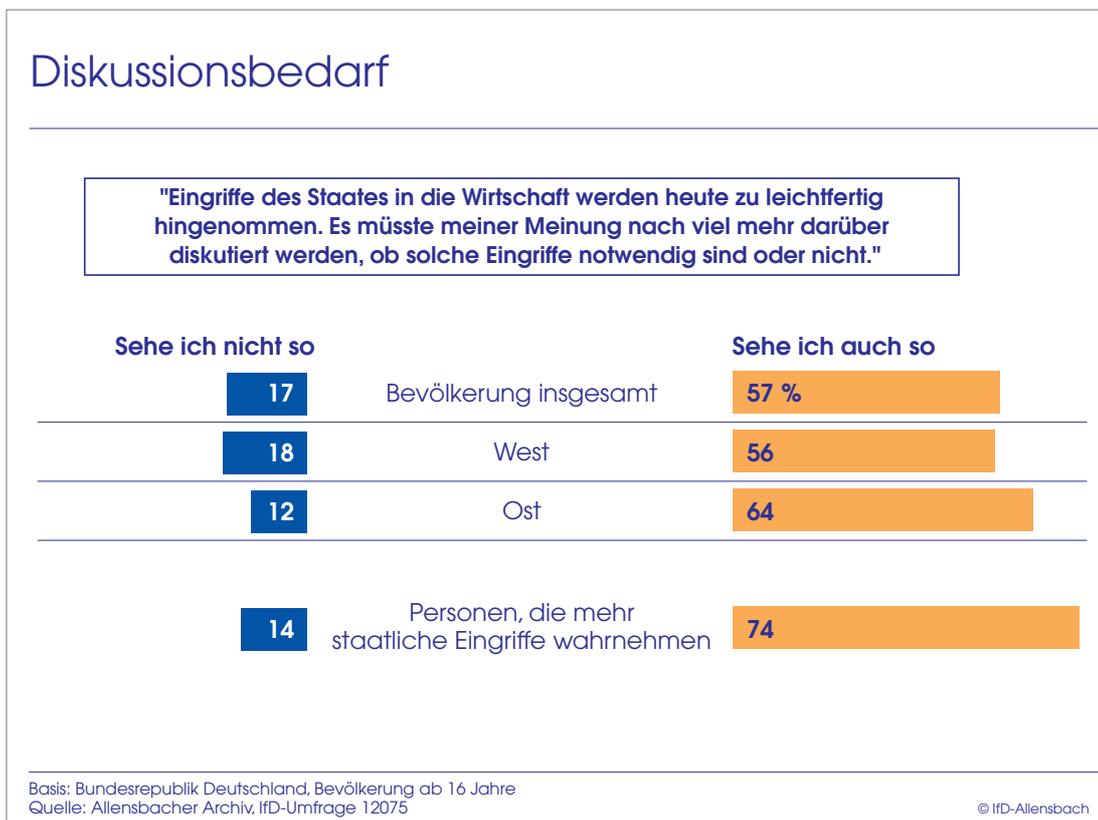
Schaubild 26



Während die Meinungen in der Bevölkerung über das Ausmaß staatlicher Regulierung auseinandergehen, gibt es weit verbreitet den Wunsch, dass intensiver über die Notwendigkeit staatlicher Interventionen diskutiert werden sollte. 57 Prozent der Bevöl-

kerung vertreten die Auffassung, dass Eingriffe des Staates in die Wirtschaft zu leichtfertig hingegenommen und ihre Notwendigkeit zu wenig diskutiert werden. Lediglich 17 Prozent der Bevölkerung halten intensivere Diskussionen über staatliche Interventionen für überflüssig. Die ostdeutsche Bevölkerung meldet noch deutlich mehr Diskussionsbedarf an als die westdeutsche: 56 Prozent der westdeutschen, aber 64 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung fordern, dass über staatliche Eingriffe intensiver diskutiert werden sollte. Einmütiger wird diese Forderung von denjenigen angemeldet, die den Eindruck haben, dass der Staat zunehmend stärker in die Wirtschaft eingreift. Von ihnen votieren annähernd drei Viertel dafür, solche Eingriffe im Vorfeld breiter zu diskutieren.

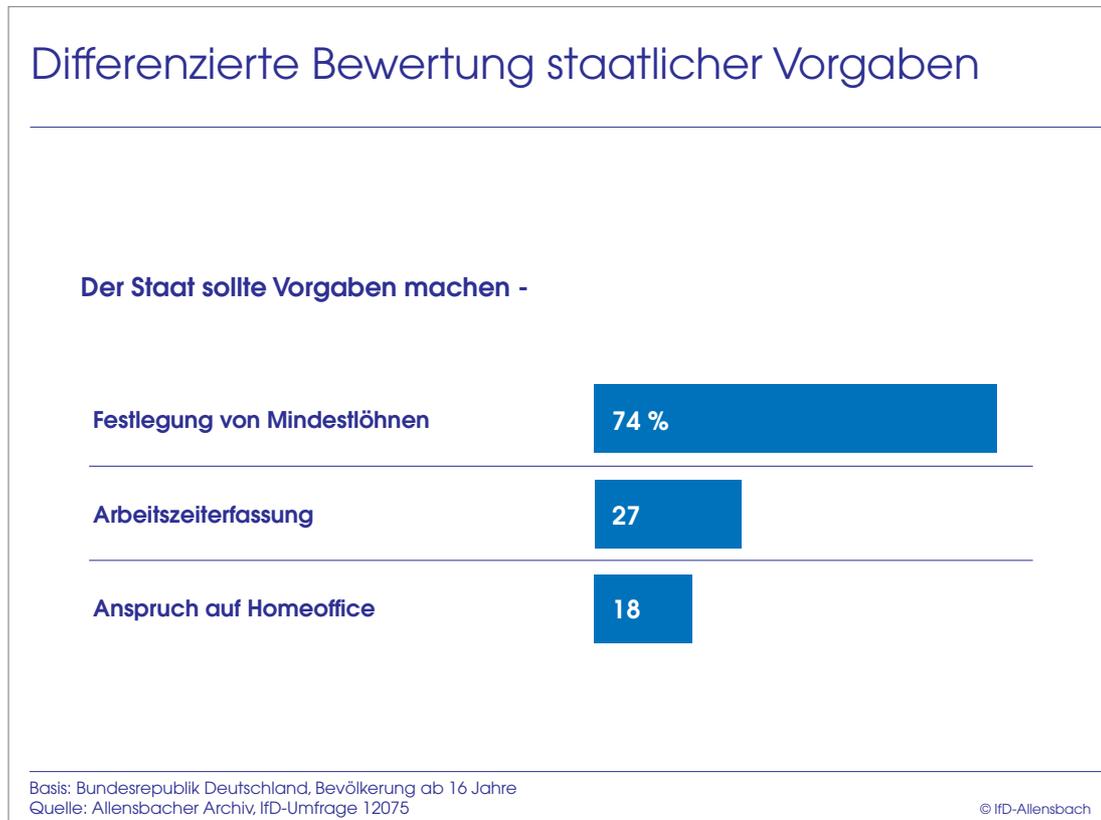
Schaubild 27



## DIFFERENZIERTE BEWERTUNG KONKRETER STAATLICHER INTERVENTIONEN

Zumindest über einzelne Maßnahmen und Pläne des Staates, die in die unternehmerische Freiheit eingreifen, ist gerade in den letzten Jahren teilweise intensiv diskutiert worden. Das war insbesondere während der Pandemie der Fall, als der Staat zeitweise nicht nur den Bewegungsradius der Bevölkerung massiv einschränkte, sondern auch die Spielräume von Selbständigen und Unternehmen. Während die Eingriffe in der Hochphase der Pandemie von der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht in Frage gestellt wurden, war dies nach der Beendigung der akuten Krisenphase anders. Das zeigt unter anderem die Reaktion der Bevölkerung auf den Vorschlag, dass es dauerhaft ein gesetzlich verankertes Recht auf Homeoffice geben sollte. Die große Mehrheit der Bevölkerung hält das für nicht sinnvoll: 68 Prozent vertreten die Auffassung, dass der Staat hier keine Vorgaben machen sollte, lediglich 18 Prozent befürworteten einen gesetzlich verankerten Anspruch auf Homeoffice.

Auch die aktuelle Diskussion um staatliche Vorgaben für die Arbeitszeiterfassung wird von der Mehrheit der Bevölkerung kritisch gesehen. Lediglich 27 Prozent befürworten staatliche Vorgaben für die elektronische tägliche Arbeitszeiterfassung, während 55 Prozent dafür votieren, dass der Staat hier keine Vorgaben machen sollte. Völlig anders bewertet die Bevölkerung hingegen die Festlegung von Mindestlöhnen durch den Staat. Sie wird von 74 Prozent befürwortet, während lediglich 15 Prozent hier eine Zurückhaltung des Staates befürworten.

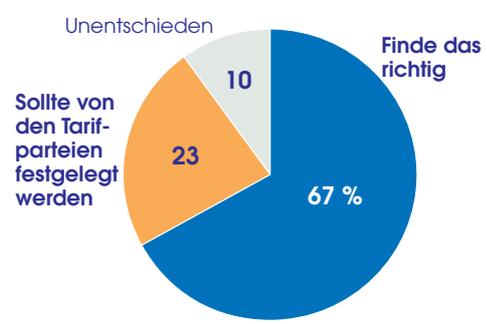
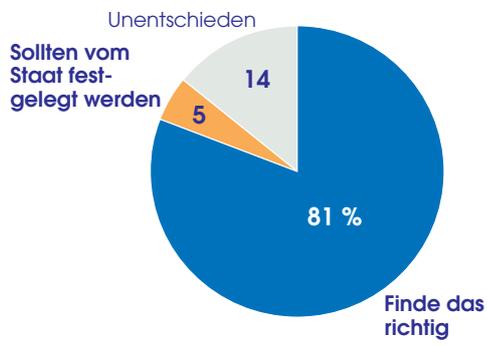


Grundsätzlich unterstützt die Bevölkerung die Tarifautonomie und möchte, dass Gewerkschaften und Arbeitgeber die Lohn- und Arbeitsbedingungen festlegen und nicht der Staat. 81 Prozent der Bevölkerung halten dies für richtig, während lediglich 5 Prozent ein Modell favorisieren, bei dem Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Staat festgelegt werden. In Bezug auf die Festlegung der Höhe des Mindestlohns entscheidet die große Mehrheit jedoch anders. Hier halten es nur 23 Prozent für richtig, dass auch diese Entscheidung gemeinsam von Gewerkschaften und Arbeitgebern in der Mindestlohnkommission ausgehandelt werden; zwei Drittel halten es dagegen für richtig, wenn die Politik die Höhe der Mindestlöhne bestimmt.

## Konsens pro Tarifautonomie – aber nicht in Bezug auf Mindestlöhne

Fragen: "In Deutschland legen die Tarifparteien, also Gewerkschaften und Arbeitgeber, **Lohn- und Arbeitsbedingungen** fest. Finden Sie das richtig, oder sollten Lohn- und Arbeitsbedingungen vom Staat festgelegt werden?"

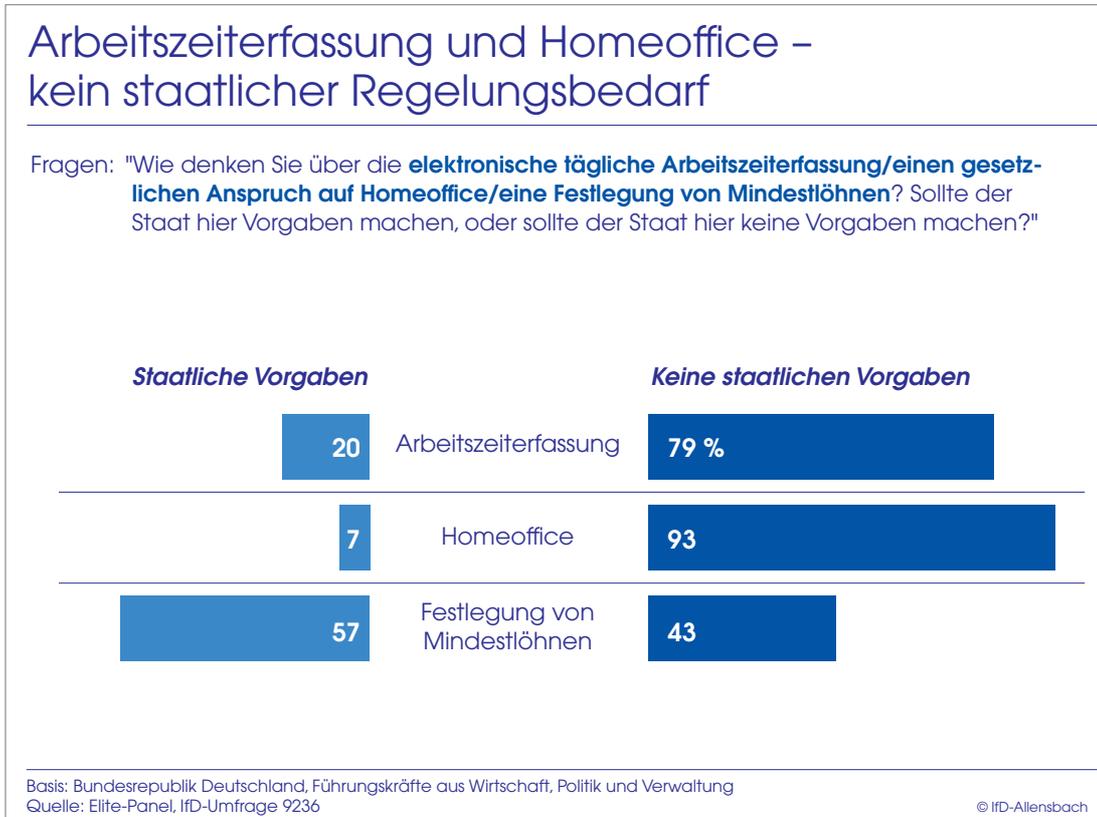
"Im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung den gesetzlichen **Mindestlohn** auf 12 Euro erhöht. Finden Sie es richtig, wenn die Politik die Höhe des Mindestlohnes festlegt, oder sollte der Mindestlohn zwischen den Tarifparteien, also zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, in der Mindestlohnkommission ausgehandelt werden?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12075

© IfD-Allensbach

Die Führungskräfte aus Wirtschaft und Politik urteilen ähnlich wie die Bevölkerung. Auch die Mehrheit der Führungsspitzen hält es für richtig, wenn der Staat bei der Festlegung von Mindestlöhnen Vorgaben macht: 57 Prozent der befragten Führungskräfte, auch 55 Prozent der Führungsspitzen aus der Wirtschaft, vertreten diese Position, während 43 Prozent für staatliche Zurückhaltung plädieren. In Bezug auf staatliche Vorgaben für Homeoffice und Arbeitszeiterfassung gibt es bei den Führungsspitzen einen breiten Konsens: 79 Prozent sprechen sich gegen staatliche Vorgaben für die tägliche Arbeitszeiterfassung aus, 93 Prozent gegen ein staatlich verankertes Recht auf Homeoffice.



Wenn direkte Eingriffe in den Markt gegen Verzicht auf Eingriffe bei gleichzeitigen Maßnahmen zum sozialen Ausgleich abgewogen werden, favorisiert die Mehrheit häufig direkt Interventionen. Das zeigt nicht nur die breite Unterstützung für staatlich festgesetzte Mindestlöhne, sondern auch die Haltung der Mehrheit zu einer Mietpreisbremse. Wenn diese zur Diskussion gestellt wird, alternativ zu der Möglichkeit, bei hohen Mietsteigerungen Mieter bei Bedarf mit staatlichen Leistungen zu unterstützen, favorisieren 56 Prozent eine Mietpreisbremse, nur 24 Prozent die Kompensation für Mieter durch den Staat. Nur knapp jeder Fünfte sieht in einer Mietpreisbremse einen Verstoß gegen marktwirtschaftliche Prinzipien. Die mittleren und höheren Schichten sprechen sich noch einmütiger für eine Mietpreisbremse aus als die schwächeren sozialen Schichten.

## Rückhalt für die Mietpreisbremse

Frage: "Um die finanziellen Belastungen durch hohe Mieten aufzufangen, hat der Staat unter anderem zwei Möglichkeiten: Zum einen kann er über eine sogenannte Mietpreisbremse festlegen, dass die Mieten nicht übermäßig steigen. Zum anderen kann der Staat Mieter, die ihre Miete nicht mehr zahlen können, finanziell unterstützen. Welche der beiden Möglichkeiten finden Sie besser?"

	Bevölkerung insgesamt %	Sozioökonomischer Status		
		niedrig %	mittel %	hoch %
<b>Mietpreisbremse</b>	<b>56</b>	<b>48</b>	<b>58</b>	<b>59</b>
<b>Unterstützung für bestimmte Mieter</b>	<b>24</b>	<b>27</b>	<b>24</b>	<b>23</b>
Unentschieden	<b>20</b>	<b>25</b>	<b>18</b>	<b>18</b>
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv; IfD-Umfrage 12075

© IfD-Allensbach

In der aktuellen Debatte um effiziente Strategien und Maßnahmen zur Förderung von Klimaschutz gibt es vor allem in der Wirtschaft, aber auch in der Politik eine Mehrheit für marktbasierende Instrumente wie eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung: 72 Prozent der Führungsspitzen aus der Wirtschaft halten dies für die richtige Strategie, 54 Prozent der befragten Politiker. Nur 14 Prozent der Führungskräfte insgesamt ziehen generell staatliche Vorgaben vor; 12 Prozent sind überzeugt, dass sowohl mit marktbasierenden Instrumenten wie auch mit staatlichen Vorgaben gearbeitet werden muss.

## Klimaschutz: Votum für marktbasierende Instrumente

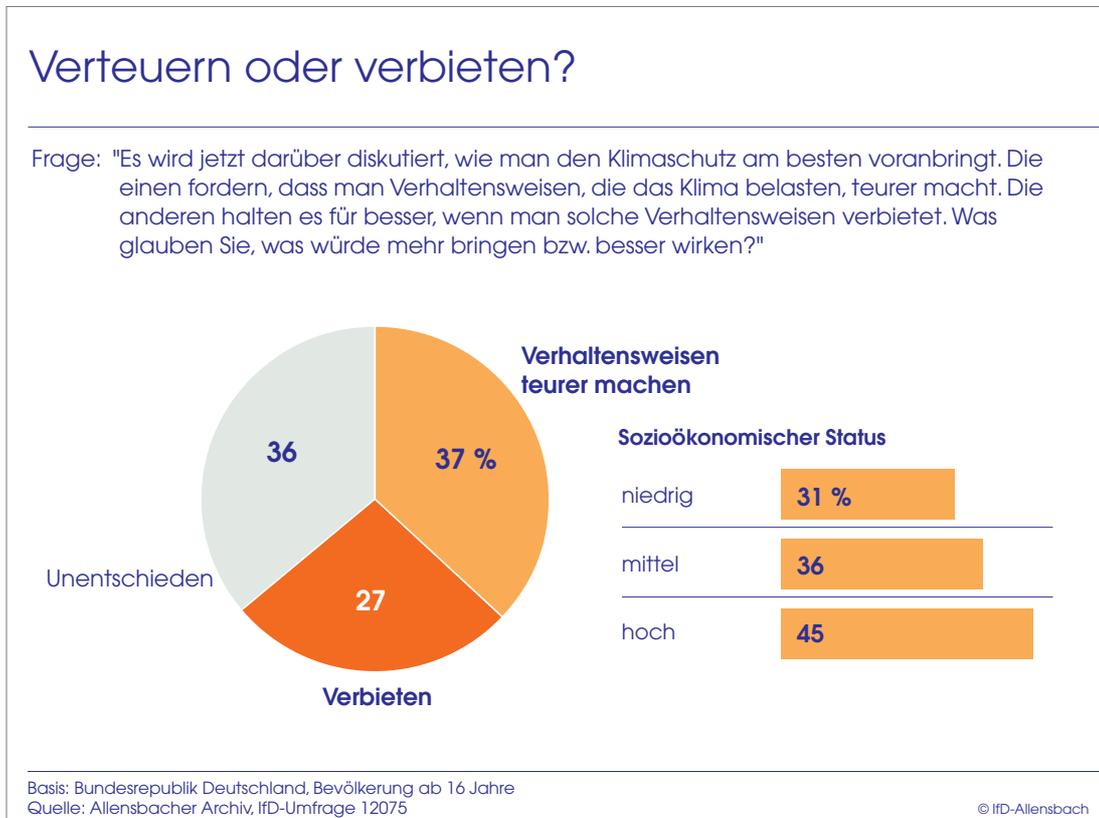
Frage: "Was halten Sie grundsätzlich für das bessere Instrument zur Bekämpfung des Klimawandels: marktbasierende Instrumente wie eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung oder staatliche Vorgaben zum Klimaschutz?"

	Führungskräfte -		
	insgesamt	aus der Wirtschaft	aus der Politik
	%	%	%
<b>Marktbasierende Instrumente</b>	<b>68</b>	<b>72</b>	<b>54</b>
<b>Staatliche Vorgaben</b>	<b>14</b>	<b>13</b>	<b>23</b>
<b>Beides</b>	<b>12</b>	<b>11</b>	<b>16</b>
Unentschieden	<b>6</b>	<b>4</b>	<b>7</b>
	100	100	100

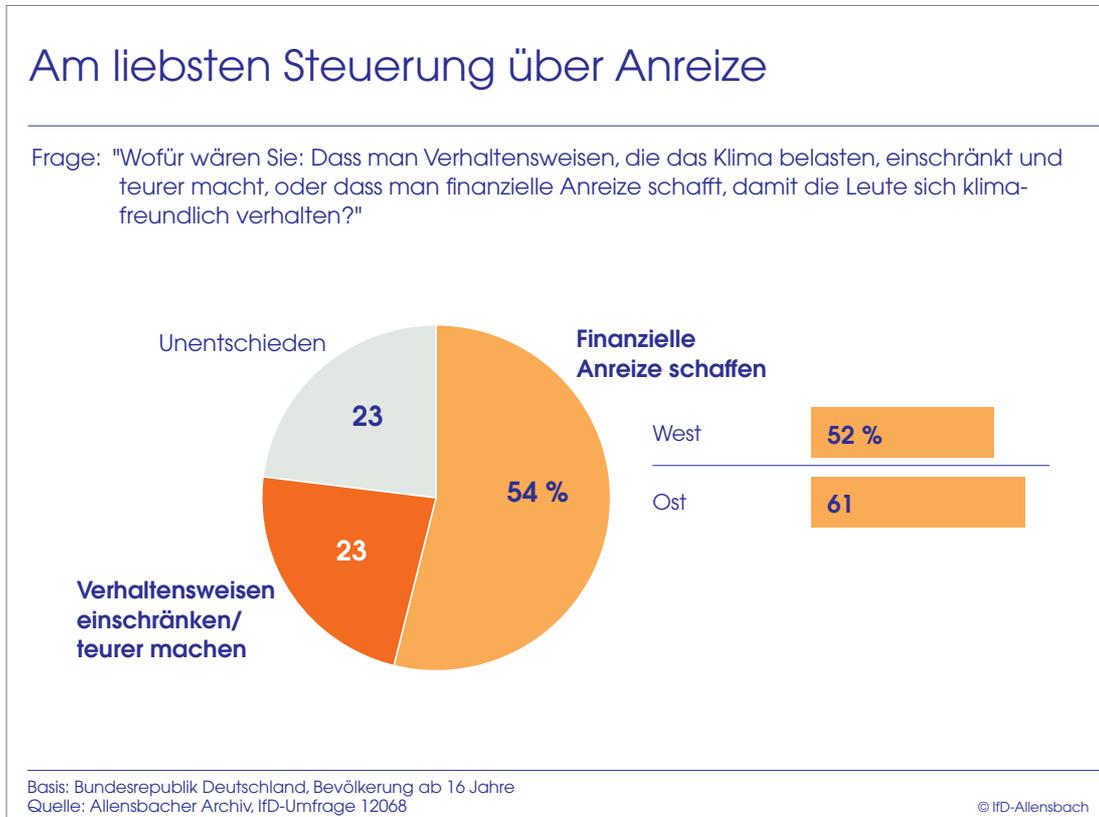
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung  
Quelle: Elite-Panel, IfD-Umfrage 9236

© IfD-Allensbach

Die Bevölkerung tut sich schwer, sich zwischen Verboten und einer Verteuerung klimaschädlicher Verhaltensweisen und Produkte zu entscheiden. 36 Prozent möchten sich zwischen diesen Alternativen nicht entscheiden; die übrigen favorisieren mit relativer Mehrheit die Verteuerung klimaschädlicher Verhaltensweisen, nur 27 Prozent Verbote. Aufgrund der unterschiedlichen finanziellen Leistungsfähigkeit korreliert die Unterstützung für marktbasierende Instrumente, die zu einer Verteuerung von Leistungen und Produkten führen, ausgeprägt mit dem sozioökonomischen Status. In den schwächeren sozialen Schichten unterstützen lediglich 31 Prozent die Verteuerung klimaschädlicher Verhaltensweisen, in der Mittelschicht 36 Prozent, in den höheren sozialen Schichten dagegen 45 Prozent. Die schwächeren sozialen Schichten votieren nicht überdurchschnittlich für Verbote; vielmehr mögen sie sich angesichts dieser Alternative noch weniger entscheiden als die höheren sozialen Schichten.



Die Bevölkerung hofft vielmehr, dass es noch einen anderen Weg gibt, nämlich die Steuerung klimafreundlichen Verhaltens über Anreize. 54 Prozent votieren dafür, verstärkt finanzielle Anreize für klimafreundliches Verhalten zu schaffen, während sich nur 23 Prozent dafür aussprechen, stattdessen mit Verboten und einer höheren Bepreisung von klimaschädlichem Verhalten zu arbeiten. Die Mehrheit ist auch überzeugt, dass Anreize die erfolgversprechendere Strategie sind. Die ostdeutsche Bevölkerung favorisiert finanzielle Anreize für klimafreundliches Verhalten noch ausgeprägter als die westdeutsche.



Auch wenn zugunsten einer Verteuerung klimabelastender Verhaltensweisen argumentiert wird, dass sie das Verhalten in die gewünschte Richtung steuern kann, führt dies nicht zu einer höheren Unterstützung. Lediglich 21 Prozent der Bevölkerung votieren dafür, beispielsweise Autofahren und Inlandsflüge teurer zu machen, um die Menschen dazu zu bringen, bewusster zu überlegen, in welcher Frequenz sie bestimmte Verkehrsmittel nutzen. Zwei Drittel halten es dagegen für besser, auf Innovationen und finanzielle Anreize zu setzen, um Verhalten zu ändern. In Ostdeutschland wird diese Position sogar von 75 Prozent unterstützt. Die insgesamt hohe Unterstützung für Anreizsysteme ist natürlich auch der Hoffnung der großen Mehrheit geschuldet, dass auf diese Weise unerwünschte Belastungen vermieden werden können.

## Klimaschädliches Verhalten verteuern oder klimafreundliches belohnen?

Frage: "Es wird ja darüber diskutiert, wie man den Klimaschutz am besten voranbringt. Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"

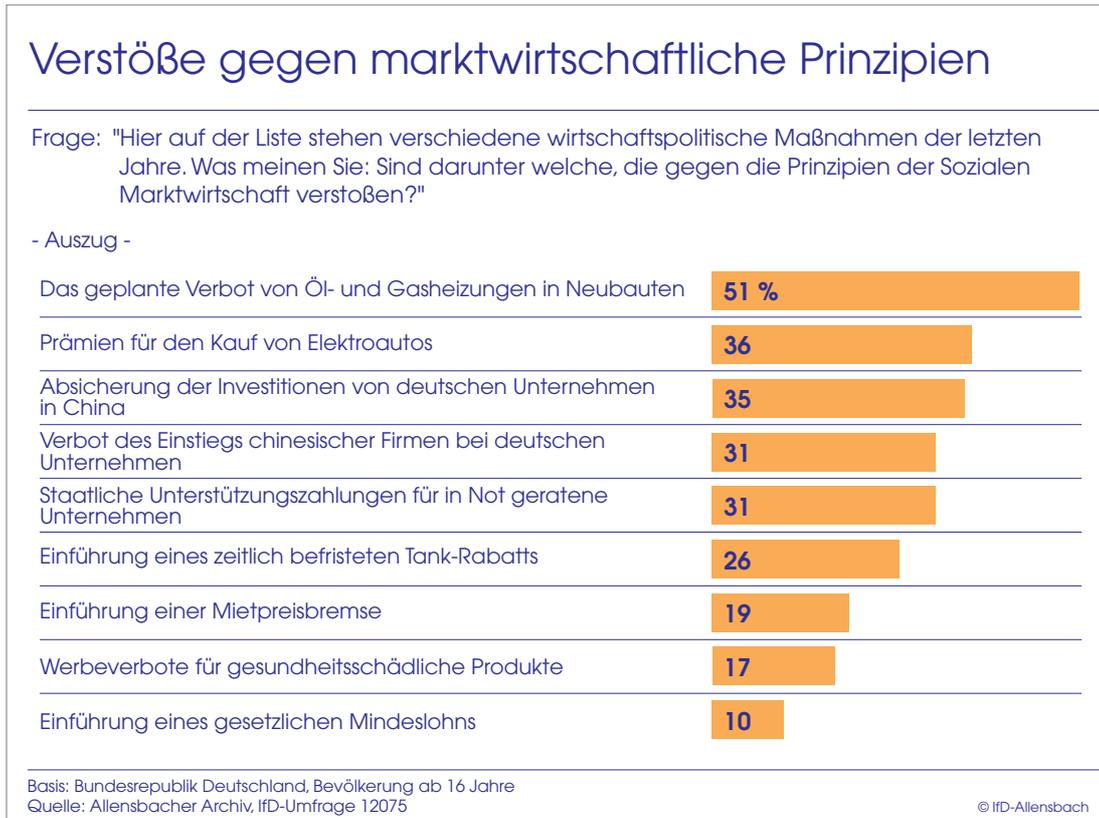
	Bevölkerung		
	insgesamt %	West %	Ost %
<b>"Ich finde, wer das Klima belastet, sollte mehr bezahlen als bisher. Daher sollten beispielsweise Autofahren oder Inlandsflüge teurer werden, damit die Leute bewusst überlegen, wann sie das Auto nutzen oder sich ins Flugzeug setzen."</b>	<b>21</b>	<b>23</b>	<b>9</b>
<b>"Das sehe ich anders. Um das Klima zu schützen, ist es besser, neue umweltschonende Produkte zu entwickeln und die Leute durch finanzielle Anreize dazu zu bringen, ihr Verhalten zu ändern. Das bringt mehr als Verbote oder höhere Steuern."</b>	<b>66</b>	<b>64</b>	<b>75</b>
<b>Unentschieden</b>	<b>13</b>	<b>13</b>	<b>16</b>
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12068

© IfD-Allensbach

## INTERVENTIONEN IM AUßENHANDEL

Die Bürger haben oft klare Positionen in Bezug auf staatliche Eingriffe in die unternehmerische Freiheit, stellen aber meist nur begrenzt einen Zusammenhang mit ordnungspolitischen Prinzipien her. So werden Eingriffe in die Preisbildung des Marktes von der Bevölkerung oft nicht als solche eingeordnet, insbesondere wenn sie den Eingriff mehrheitlich unterstützen. So halten beispielsweise nur 19 Prozent die Einführung einer Mietpreisbremse für einen ordnungspolitischen Verstoß. Weitaus mehr werden Eingriffe auch als ordnungspolitisch bedenklich bewertet, wenn die Bevölkerung sie ablehnt. Das gilt insbesondere für das Verbot von Öl- und Gasheizungen in Neubauten, das 51 Prozent als Verstoß gegen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft einordnen, und für die Prämien für den Kauf von Elektroautos, die 36 Prozent als Verstoß einordnen. Die staatliche Unterstützung für in Not geratene Unternehmen bewerten 31 Prozent als Verstoß gegen ordnungspolitische Prinzipien, die Einführung eines zeitlich befristeten Tank-Rabatts 26 Prozent. Rund jeder Dritte sieht auch einen Verstoß gegen ordnungspolitische Prinzipien, wenn der Staat die Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland und speziell in China absichert, und bei Verboten des Einstiegs chinesischer Firmen bei deutschen Unternehmen.



Gleichzeitig sind weite Teile der Bevölkerung durchaus offen für eine staatliche Kontrolle von Investitionsentscheidungen deutscher Unternehmer in China: 44 Prozent votieren dafür, dass die Politik solche Investitionen kontrolliert und unter Umständen einschränkt. Jeder Dritte votiert gegen diese Einflussnahme und möchte solche Entscheidungen allein in der Verantwortung der Unternehmen belassen. Dabei gibt es einen interessanten Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland: Knapp die Hälfte der Westdeutschen votiert für eine staatliche Kontrolle und eventuell auch Einschränkung solcher Investitionen, dagegen nur 35 Prozent der Ostdeutschen; die ostdeutsche Bevölkerung hält es weitaus stärker als die westdeutsche für richtig, solche Entscheidungen allein in der Entscheidung der Unternehmen zu belassen.

## Staatliche Kontrolle von Investitionen in China? Dissens zwischen West und Ost

Frage: "Was meinen Sie: Sollte die Politik Investitionsentscheidungen von deutschen Unternehmen in China staatlich kontrollieren und unter Umständen einschränken, oder sollten solche Entscheidungen allein in der Verantwortung der Unternehmen liegen?"

	Bevölkerung		
	insgesamt %	West %	Ost %
<b>Staatlich kontrollieren und einschränken</b>	<b>44</b>	<b>46</b>	<b>35</b>
<b>Allein in Verantwortung der Unternehmen</b>	<b>34</b>	<b>31</b>	<b>48</b>
Unentschieden	<b>22</b>	<b>23</b>	<b>17</b>
	100	100	100

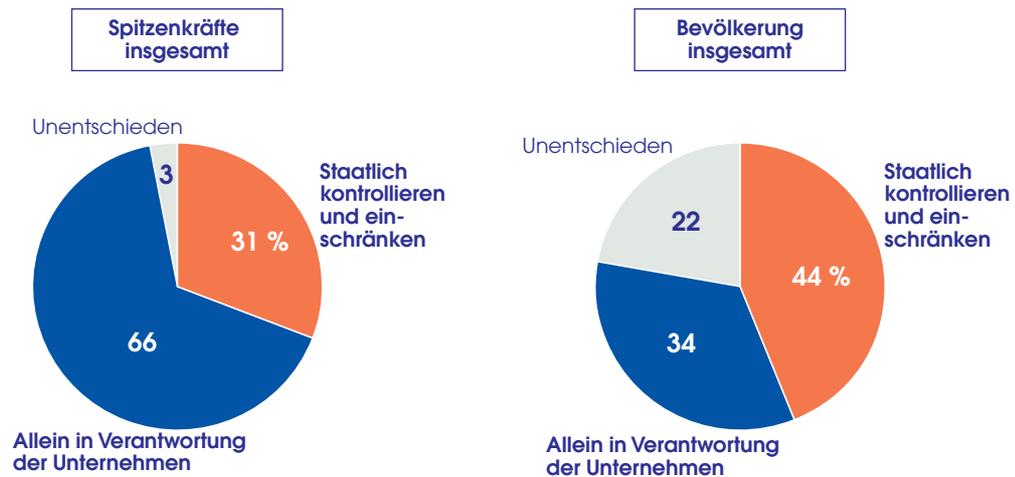
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12075

© IfD-Allensbach

Führungskräfte aus der Wirtschaft votieren mit überwältigender Mehrheit dafür, solche Entscheidungen in der Verantwortung der Unternehmen zu belassen; die befragten Politiker votieren zwar überdurchschnittlich für staatliche Kontrollen, aber gleichzeitig mehrheitlich (57 Prozent) dafür, solche Entscheidungen allein den Unternehmen zu überlassen.

## Dissens zwischen Führungskräften und Bevölkerung

Frage: "Was meinen Sie: Sollte die Politik Investitionsentscheidungen von deutschen Unternehmen in China staatlich kontrollieren und unter Umständen einschränken, oder sollten solche Entscheidungen allein in der Verantwortung der Unternehmen liegen?"



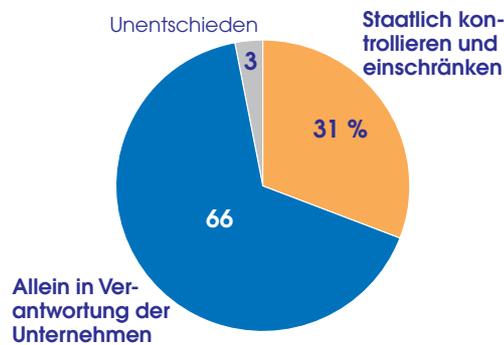
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung; Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv; IFD-Umfragen 9236, 12075

© IFD-Allensbach

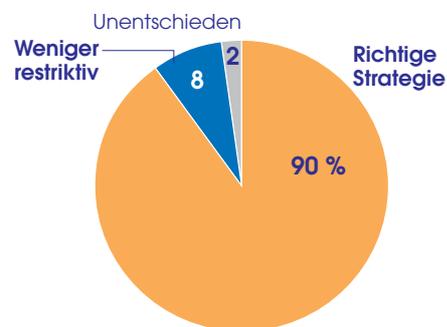
Die Wirtschaft ist nicht generell gegen Eingriffe in Investitionsentscheidungen. So werden Investitionen chinesischer Firmen bei deutschen Technologieunternehmen und Unternehmen der kritischen Infrastruktur völlig anders bewertet, als Eingriffe in Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen. Dass die Bundesregierung in mehreren Fällen entschieden hat, chinesischen Firmen den Einstieg bei deutschen Technologieunternehmen ganz oder teilweise zu untersagen, hält die überwältigende Mehrheit für die richtige Strategie. Hier gibt es auch keinen nennenswerten Dissens zwischen den Führungsspitzen aus Wirtschaft und Politik. Auch von den Führungsspitzen aus der Wirtschaft halten 89 Prozent dies für die richtige Strategie, lediglich 8 Prozent wünschen sich hier weniger Eingriffe des Staates.

## China-Politik: gegen staatliche Investitionskontrollen, aber für den Schutz von Technologien und kritischer Infrastruktur

Fragen: "Was meinen Sie: Sollte die Politik Investitionsentscheidungen von deutschen Unternehmen in China staatlich kontrollieren und unter Umständen einschränken, oder sollten solche Entscheidungen allein in der Verantwortung der Unternehmen liegen?"



"Die Bundesregierung hat in mehreren Fällen entschieden, chinesischen Firmen den Einstieg bei deutschen Technologieunternehmen oder Unternehmen der kritischen Infrastruktur ganz oder teilweise zu untersagen. Halten Sie das für die richtige Strategie, oder sollte die Regierung hier weniger restriktiv vorgehen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung  
Quelle: Elite-Panel, IfD-Umfrage 9236

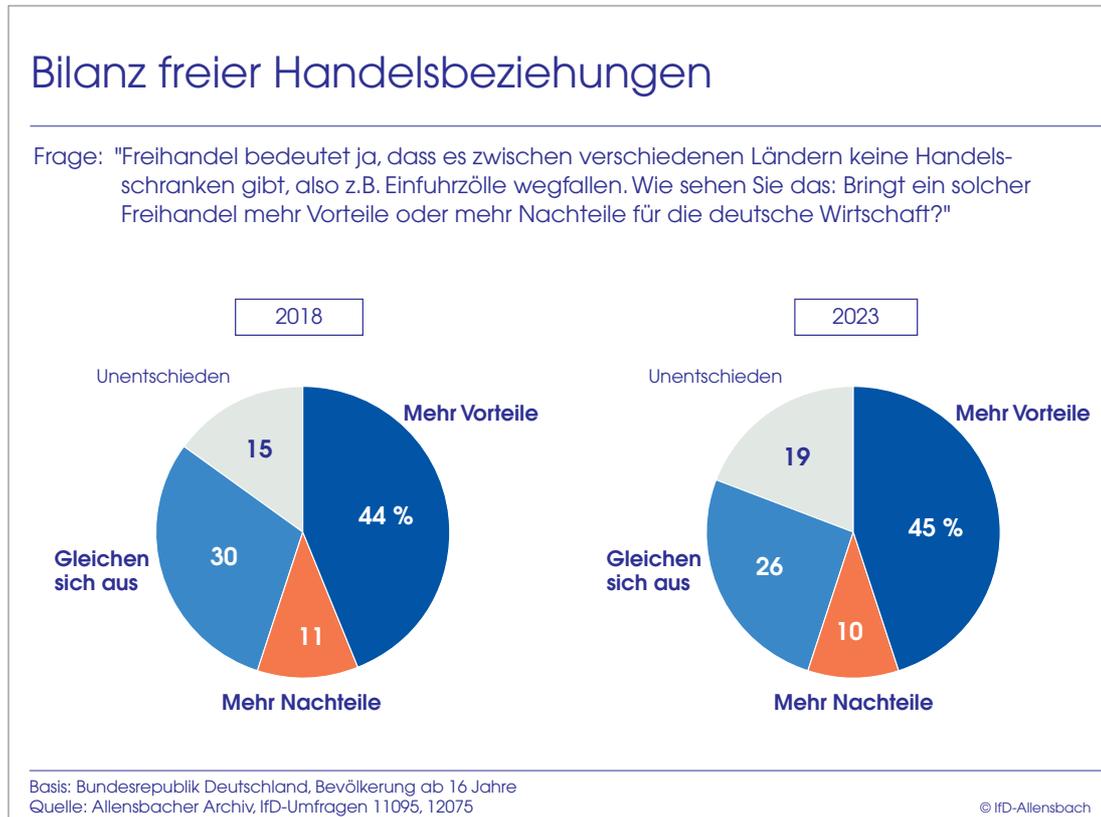
© IfD-Allensbach

### Wachsende Unterstützung für Protektionismus

Deutschland hat über die letzten Jahrzehnte wie kein anderes Land von den internationalen Handelsbeziehungen profitiert. Grundsätzlich ist auch eine starke relative Mehrheit überzeugt, dass freie Handelsbeziehungen, bei denen weitgehend auf Zölle und andere protektionistische Maßnahmen verzichtet wird, für die deutsche Wirtschaft mehr Vorteile bringen. Trotzdem ist das Meinungsbild keineswegs eindeutig: 45 Prozent der Bevölkerung sehen überwiegend Vorteile, 10 Prozent eher Nachteile des Verzichts auf Handelsschranken; 26 Prozent sind überzeugt, dass Vor- und Nachteile sich ausgleichen. Knapp ein Fünftel der Bevölkerung traut sich bei dieser Frage kein Urteil zu. Dieses Meinungsbild hat sich über die letzten Jahre hinweg nur marginal verändert.

Welche Probleme die Zunahme protektionistischer Maßnahmen für die deutsche Wirtschaft mit sich bringt, ist vielen nicht bewusst.

Schaubild 40



Ein weiterer Indikator lässt sogar erkennen, dass die Unterstützung für protektionistische Maßnahmen wächst. 2018 sprachen sich 27 der Prozent der Bevölkerung dafür aus, dass die EU auf Waren aus Nicht-EU-Staaten hohe Zölle erheben sollte, um dafür zu sorgen, dass mehr europäische Produkte gekauft werden. Das Gegenargument, dass höhere Zölle auch höheren Kosten für die Verbraucher mit sich bringen, hielten 53 Prozent für stichhaltiger und sprachen sich entsprechend gegen hohe Zölle auf Waren aus Nicht-EU-Staaten aus. Diese absolute Mehrheit ist zu einer relativen Mehrheit geschrumpft. Nur noch 45 Prozent sprechen sich gegen hohe Zölle auf Waren aus Nicht-EU-Staaten aus, während sich der Anteil der Bevölkerung, der für hohe Zölle votiert, in den letzten fünf Jahren von 27 auf 35 Prozent erhöht hat.

<h2>Protektionismus wird attraktiver</h2>		
<p>Frage: "Hier unterhalten sich zwei darüber, ob die EU ihre Wirtschaft durch Zölle schützen sollte. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"</p>		
	2018 %	2023 %
<p><b>"Ich finde, die EU sollte auf Waren, die aus Nicht-EU-Staaten eingeführt werden, hohe Zölle erheben. Das macht ausländische Produkte teurer und führt dazu, dass mehr europäische Produkte gekauft werden. Das stärkt die Wirtschaft der EU."</b></p>	<b>27</b>	<b>35</b>
<p><b>"Das sehe ich anders. Wenn Produkte aus Nicht-EU-Ländern durch Zölle teurer werden, steigen auch die Kosten für die Verbraucher, weil diese mehr Geld ausgeben müssen. Daher bin ich gegen hohe Zölle auf Waren aus Nicht-EU-Staaten."</b></p>	<b>53</b>	<b>45</b>
<p><b>Unentschieden</b></p>	<b>20</b>	<b>20</b>
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11095, 12074

© IfD-Allensbach

Protektionistische Maßnahmen nehmen seit Jahren zu, vor allem auch in Form von Vorgaben für technische Details und Anforderungen an Umwelt- und Verbraucherschutz sowie durch Eingriffe in den internationalen Wettbewerb durch staatliche Förderung und Zölle. Die Risiken dieser Entwicklung spielen in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle, sind jedoch von großer Tragweite, gerade auch für die deutsche Wirtschaft.

**ANHANG**

**Untersuchungsdaten**

**Fragebogensauszug mit Originalanlagen**

## UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland.

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die westlichen und die östlichen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	399	130	529	Personen
B	410	138	548	Personen
Insgesamt	809	268	1077	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich westlicher und östlicher Bundesländer und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 328 nach einheitlichen Testmethoden ausgewählte und geschulte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 12. bis 26. August 2023 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 12075

## STATISTIK

**der in der Umfrage 12075 befragten Personengruppe (deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage August 2023			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
		A	B	
	%	%	%	%
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. Westberlin	82	82	82	82
Östl. Länder einschl. Ostberlin	18	18	18	18
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	16	16	16	16
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	8	8	8	8
Sachsen und Thüringen	8	8	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	28	28	28	28
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	29	29	29	29
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	17	17	17	17
30 - 44 Jahre	21	21	21	21
45 - 59 Jahre	25	25	25	25
60 Jahre und älter	37	37	37	37
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(\*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik. Quelle: Mikrozensus 2022 (Erstergebnisse).

## STATISTIK

**der in der Umfrage 12075 befragten Personengruppe (deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage August 2023			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A	B	
		%	%	
<b><u>BERUFSTÄTIGKEIT</u></b>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	62	63	60	62
Nichterwerbspersonen	<u>38</u>	<u>37</u>	<u>40</u>	<u>38</u>
	100	100	100	100
<b><u>BERUFSKREISE (**)</u></b>				
Arbeiter	10	11	10	10
Angestellte	42	42	41	42
Beamte	4	4	3	4
Selbständige und freiberuflich Tätige	6	6	6	6
Nichterwerbspersonen	<u>38</u>	<u>37</u>	<u>40</u>	<u>38</u>
	100	100	100	100
<b><u>FAMILIENSTAND</u></b>				
Verheiratet	50	50	50	50
- Männer	25	25	25	25
- Frauen	25	25	25	25
Ledig	32	32	32	32
Verwitwet	8	8	8	8
Geschieden/getrennt lebend	<u>10</u>	<u>10</u>	<u>10</u>	<u>10</u>
	100	100	100	100
<b><u>HAUSHALTSGRÖSSE</u></b>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	25	25	25	25
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	16	16	17	16
- 4 und mehr Personen	<u>19</u>	<u>19</u>	<u>18</u>	<u>19</u>
	100	100	100	100

(\*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2022 (Ersterggebnisse).

(\*\*) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

# INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung  
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der  
Hauptbefragung 12075  
August 2023

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

## Nach einigen Einleitungsfragen zu anderen Themen:

1. a) "Zwei Fragen zum Thema Klimaschutz:

t Es wird jetzt darüber diskutiert, wie man den Klimaschutz am besten voranbringt.

Die einen fordern, dass man Verhaltensweisen, die das Klima belasten, teurer macht. Die anderen halten es für besser, wenn man solche Verhaltensweisen verbietet.

Was glauben Sie, was würde mehr bringen bzw. besser wirken?"

VERHALTENSWEISEN

TEURER MACHEN ..... 1

VERBIETEN ..... 2

UNENTSCHIEDEN ..... 3

b) "Und wenn es nach Ihnen ginge, wofür wären Sie:

Dass man Verhaltensweisen, die das Klima belasten, teurer macht, oder dass man solche Verhaltensweisen verbietet?"

VERHALTENSWEISEN

TEURER MACHEN ..... 1

VERBIETEN ..... 2

UNENTSCHIEDEN ..... 3

## Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:

2. "Zu einem anderen Thema: Was würden Sie sagen:

T Hat sich die Wirtschaftsordnung in Deutschland, die Soziale Marktwirtschaft, alles in allem bewährt oder nicht bewährt?"

HAT SICH BEWÄHRT ..... 1

HAT SICH NICHT BEWÄHRT ..... 2

UNENTSCHIEDEN ..... 3

## In der repräsentativen Halbgruppe A:

3. INTERVIEWER überreicht graues Kartenspiel !

"Hier auf den Karten stehen einige Merkmale bzw. Prinzipien unseres Wirtschaftssystems. Von welchen dieser Prinzipien würden Sie sagen, dass sie zentrale Prinzipien unseres Wirtschaftssystems sind?  
Bitte legen Sie einfach die entsprechenden Karten heraus."  
(Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /

/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /

KEINES DAVON ..... Y



**In der repräsentativen Halbgruppe A:**

9.  
t INTERVIEWER überreicht **gelbes** Bildblatt 4 so, dass bei Männern das große **M** und bei Frauen das große **F** oben liegt !

"Wir haben ja eine Soziale Marktwirtschaft, die das Ziel verfolgt, eine freie Wirtschaft mit sozialem Ausgleich zu verbinden. Hier unterhalten sich drei über unsere Marktwirtschaft. Welche(r) davon sagt das, was auch Sie denken?"

DER/DIE LINKE..... 1  
DER/DIE MITTLERE ..... 2  
DER/DIE RECHTE ..... 3  
KEINE(R) DAVON ..... 4  
UNENTSCHIEDEN ..... 5

**In der repräsentativen Halbgruppe B:**

9.  
t a) INTERVIEWER überreicht **gelbes** Bildblatt 4 und überlässt es dem/der Befragten bis Frage 9 b) !

"Soziale Marktwirtschaft meint ja eine Wirtschaftsordnung, in der eine freie Wirtschaft und sozialer Ausgleich miteinander verbunden sind. In welchem Verhältnis stehen Marktwirtschaft und Soziales heute bei uns zueinander? Sagen Sie es mir nach diesem Blatt hier. 1 würde bedeuten, die Marktwirtschaft überwiegt ganz, Soziales gibt es nur am Rande. 3 würde bedeuten, Marktwirtschaft und Soziales haben den gleichen Anteil, und 5 würde bedeuten, das Soziale überwiegt ganz, die Marktwirtschaft gibt es nur am Rande. Welche Zahl zwischen 1 und 5 drückt Ihrer Meinung nach am besten aus, in welchem Verhältnis heute beides zueinander steht?" (Genanntes einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 /

KEINE ANGABE ..... 9

b) "Und wenn es nach Ihnen ginge, wie sollte das Verhältnis zwischen Marktwirtschaft und Sozialem sein? Welche Zahl nehmen Sie da?"  
(Wieder nach **gelbem** Bildblatt 4 ! - Genanntes einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 /

KEINE ANGABE ..... 9

**In der repräsentativen Halbgruppe A:**

10. "Sind die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft noch zeitgemäß, oder sind sie Ihrer Meinung nach nicht mehr zeitgemäß?"

ZEITGEMÄSS..... 1  
NICHT ZEITGEMÄSS..... 2  
UNENTSCHIEDEN ..... 3

**In der repräsentativen Halbgruppe B:**

10.  
T "Ist das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft Ihrer Meinung nach zeitgemäß oder nicht mehr zeitgemäß?"

ZEITGEMÄSS..... 1  
NICHT MEHR ZEITGEMÄSS ..... 2  
UNENTSCHIEDEN ..... 3

**In der repräsentativen Halbgruppe A:**

11. "Wenn jemand sagt: 'Die Soziale Marktwirtschaft ist am besten geeignet, um den Wohlstand der gesamten Gesellschaft in unserem Land zu gewährleisten.' Würden Sie dem zustimmen, oder würden Sie dem nicht zustimmen?"

ZUSTIMMEN..... 1  
NICHT ZUSTIMMEN..... 2  
UNENTSCHIEDEN ..... 3

**In der repräsentativen Halbgruppe B:**

11.	"Neulich sagte jemand: 'Eine Marktwirtschaft, aus der sich der Staat weitgehend heraushält, ist die beste Voraussetzung, um für sozialen Ausgleich zu sorgen.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"	SEHE DAS <u>AUCH</u> SO..... 1 SEHE DAS <u>NICHT</u> SO..... 2 UNENTSCHIEDEN ..... 3
-----	---	--

**In der repräsentativen Halbgruppe A:**

12.	"Die Soziale Marktwirtschaft hat ja das Ziel, Freiheit auf dem Markt mit sozialem Ausgleich zu verbinden. Würden Sie sagen, diese Verbindung von Marktwirtschaft und sozialem Ausgleich gelingt in Deutschland alles in allem recht gut, oder würden Sie das nicht sagen?"	GELINGT GUT ..... 1 WÜRDEN DAS NICHT SAGEN ..... 2 UNENTSCHIEDEN ..... 3
-----	--	--

**In der repräsentativen Halbgruppe B:**

12. T	"Ist unsere Soziale Marktwirtschaft ausgewogen, sind Markt und soziale Interessen weitgehend im Gleichgewicht, oder hat eines von beiden, der Markt oder die sozialen Interessen, ein zu großes Gewicht?"	IM GLEICHGEWICHT ..... 1 MARKT HAT ZU GROSSES GEWICHT. 2 SOZIALE INTERESSEN HABEN ZU GROSSES GEWICHT ..... 3 UNENTSCHIEDEN ..... 4
----------	---	--

**An späterer Stelle im Interview:****In der repräsentativen Halbgruppe A:**

13. T	"Noch einmal zum Thema Wirtschaft: Haben die Unternehmen in Deutschland ausreichend Handlungsspielraum, oder wird die unternehmerische Freiheit durch staatliche Regulierung zu stark eingeschränkt?"	AUSREICHEND HANDLUNGS- SPIELRAUM ..... 1 FREIHEIT ZU STARK EINGESCHRÄNKT 2 UNENTSCHIEDEN ..... 3
----------	---	---

**In der repräsentativen Halbgruppe B:**

13. t	"Noch einmal zum Thema Wirtschaft: Wenn Sie einmal an die derzeitigen Krisen denken: Greift der Staat zu viel in die Wirtschaft ein, oder müsste er noch stärker eingreifen, oder ist das alles in allem angemessen?"	ZU VIEL ..... 1 SOLLTE NOCH STÄRKER ..... 2 IST ANGEMESSEN..... 3 UNENTSCHIEDEN ..... 4
14. T	"Es gibt ja einige Bereiche, in denen der Staat der Wirtschaft bereits Vorgaben macht bzw. dies vorhat. Ich lese Ihnen nun einige Bereiche vor, und Sie sagen mir bitte, ob der Staat der Wirtschaft in diesem Bereich Vorgaben machen sollte, oder ob der Staat hier keine Vorgaben machen sollte.	
a) T	Wie ist es zunächst mit einem gesetzlichen Anspruch auf Homeoffice: Sollte der Staat hier Vorgaben machen, oder sollte der Staat hier keine Vorgaben machen?"	VORGABEN MACHEN ..... 1 KEINE VORGABEN MACHEN..... 2 UNENTSCHIEDEN ..... 3
b) T	"Wie denken Sie über die elektronische tägliche Arbeitszeit-erfassung, also die Reform des sogenannten Arbeitszeitgesetzes. Sollte der Staat hier Vorgaben machen, oder sollte der Staat hier keine Vorgaben machen?"	VORGABEN MACHEN ..... 4 KEINE VORGABEN MACHEN..... 5 UNENTSCHIEDEN ..... 6
c) t	"Schließlich: Sollte der Staat bei der Festlegung von Mindestlöhnen gesetzliche Vorgaben machen, oder sollte er hier keine Vorgaben machen?"	VORGABEN MACHEN ..... 7 KEINE VORGABEN MACHEN..... 8 UNENTSCHIEDEN ..... 9

15. T	"Was meinen Sie: Sollte die Politik Investitionsentscheidungen von deutschen Unternehmen in China staatlich kontrollieren und unter Umständen einschränken, oder sollten solche Entscheidungen allein in der Verantwortung der Unternehmen liegen?"	STAATLICH KONTROLLIEREN UND EINSCHRÄNKEN..... 1 ALLEIN IN VERANTWORTUNG DER UNTERNEHMEN ..... 2 UNENTSCHIEDEN ..... 3
16. T	"Zum Thema Freihandel: Freihandel bedeutet ja, dass es zwischen verschiedenen Ländern keine Handelsschranken gibt, also z.B. Einfuhrzölle wegfallen. Wie sehen Sie das: Bringt ein solcher Freihandel mehr Vorteile oder mehr Nachteile für die deutsche Wirtschaft?"	MEHR VORTEILE ..... 1 MEHR NACHTEILE ..... 2 GLEICHEN SICH AUS ..... 3 UNENTSCHIEDEN ..... 4
17. T	INTERVIEWER überreicht <b>gelbes</b> Bildblatt 5 so, dass bei Männern das große <b>(M)</b> und bei Frauen das große <b>(F)</b> oben liegt !  "Hier unterhalten sich zwei darüber, ob die EU ihre Wirtschaft durch Zölle schützen sollte. Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie denken: der/die Obere oder der/die Untere?"	DER/DIE OBERE ..... 1 DER/DIE UNTERE..... 2 UNENTSCHIEDEN ..... 3
18. T	"Innerhalb der EU gilt die sogenannte Arbeitnehmerfreizügigkeit. Damit ist gemeint, dass man als Arbeitnehmer in einem anderen Mitgliedsland der EU ohne Einschränkungen arbeiten darf. Finden Sie es gut, dass es innerhalb der EU diese Regelung gibt, oder finden Sie das nicht gut?"	FINDE ICH GUT..... 1 FINDE ICH NICHT GUT..... 2 UNENTSCHIEDEN ..... 3
19.	"Was würden Sie sagen: Wie wichtig ist Wettbewerb zwischen verschiedenen Unternehmen dafür, dass es möglichst günstige Preise für die Verbraucher gibt? Würden Sie sagen, Wettbewerb ist dafür..."	"sehr wichtig" ..... 1 "wichtig" ..... 2 "weniger wichtig" ..... 3 "kaum, gar nicht wichtig" ..... 4 UNENTSCHIEDEN ..... 5
20.	"Um die finanziellen Belastungen durch hohe Mieten aufzufangen, hat der Staat unter anderem zwei Möglichkeiten: Zum einen kann er über eine sogenannte Mietpreisbremse festlegen, dass die Mieten nicht übermäßig steigen. Zum anderen kann der Staat Mieter, die ihre Miete nicht mehr zahlen können, finanziell unterstützen. Welche der beiden Möglichkeiten finden Sie besser?"	MÖGLICHKEIT 1 (MIETPREISBREMSE) 1 MÖGLICHKEIT 2 (UNTERSTÜTZUNG FÜR BESTIMMTE MIETER) ..... 2 UNENTSCHIEDEN ..... 3

#### In der repräsentativen Halbgruppe A:

21.	"In Deutschland legen die Tarifparteien, also Gewerkschaften und Arbeitgeber, Lohn- und Arbeitsbedingungen fest. Finden Sie das richtig, oder sollten Lohn- und Arbeitsbedingungen vom Staat festgelegt werden?"	FINDE DAS RICHTIG..... 1 SOLLTEN VOM STAAT FESTGELEGT WERDEN ..... 2 UNENTSCHIEDEN ..... 3
-----	--	---

#### In der repräsentativen Halbgruppe B:

21.	"Im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Finden Sie es richtig, wenn die Politik die Höhe des Mindestlohnes festlegt, oder sollte der Mindestlohn zwischen den Tarifparteien, also zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, in der Mindestlohnkommission ausgehandelt werden?"	FINDE DAS RICHTIG..... 1 SOLLTE VON DEN TARIFPARTEIEN AUSGEHANDELT WERDEN ..... 2 UNENTSCHIEDEN ..... 3
-----	--	--

**Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:**

22. a)	"Noch einmal zu einem anderen Thema: T Was empfinden Sie als gerechter: Wenn Leute, die viel leisten, auch viel verdienen, oder wenn es keine großen Einkommensunterschiede gibt?"	VIEL LEISTEN, VIEL VERDIENEN ..... 1 KEINE GROSSEN UNTERSCHIEDE ..... 2 UNENTSCHIEDEN ..... 3
<hr/>		
b)	"Und was ist im folgenden Fall gerechter: Wenn Arbeitslose deutlich weniger bekommen als Berufstätige, oder wenn man bei Arbeitslosigkeit ein ähnliches Einkommen hat wie im Beruf?"	ARBEITSLOSE DEUTLICH WENIGER ALS BERUFSTÄTIGE ..... 4 ÄHNLICHES EINKOMMEN WIE IM BERUF ..... 5 UNENTSCHIEDEN ..... 6
<hr/>		
c)	"Was ist gerechter: Wenn alle eine ähnlich hohe Altersversorgung haben, unabhängig davon, ob sie berufstätig waren und wie viel sie eingezahlt haben, oder wenn sich die staatliche Altersversorgung stark unterscheidet, je nachdem, wie viel man in die Rentenkasse einbezahlt hat?"	ÄHNLICH HOHE ALTERSVERSOR- GUNG ..... 7 STARKE UNTERSCHIEDE ..... 8 UNENTSCHIEDEN ..... 9
<hr/>		

**BILDBLATT 1 entfällt !**

BILDBLATT 1

**Damit unsere Wirtschaft gut funktioniert, sind diese Merkmale –**

---

**BESONDERS WICHTIG:**

---

**AUCH NOCH WICHTIG:**

---

**WENIGER WICHTIG:**

---

BILDBLATT 2

---

**VERWIRKLICHT/UMGESETZT:**

---

**MANGELHAFT BZW. GAR NICHT  
VERWIRKLICHT:**

---

L I S T E 3

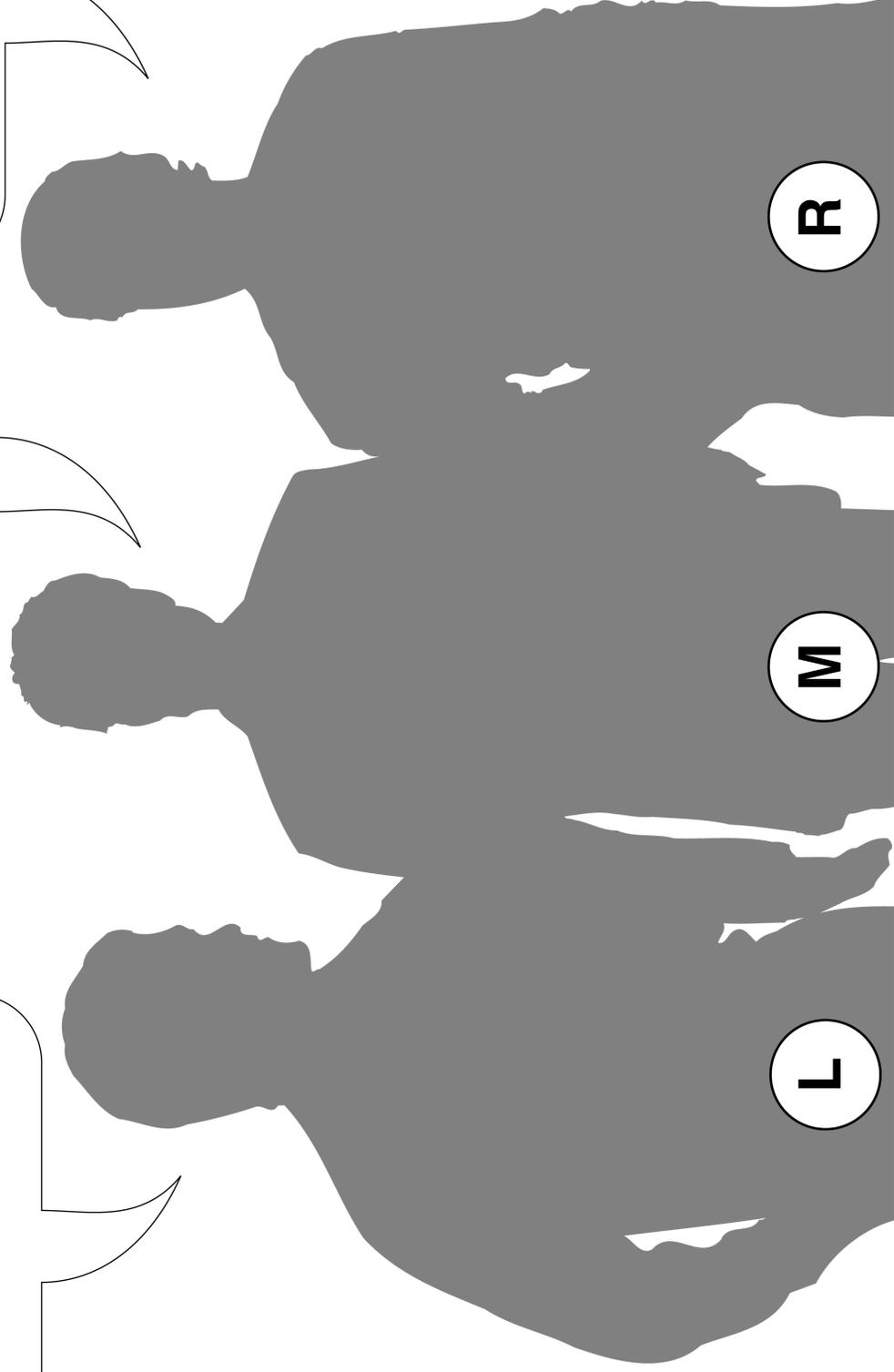
- (1) Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns
- (2) Einführung einer Mietpreisbremse
- (3) Werbeverbote für gesundheitsschädliche Produkte
- (4) Prämien für den Kauf von Elektroautos
- (5) Bereitstellen von Kurzarbeitergeld
- (6) Einführung eines zeitlich befristeten Tank-Rabatts
- (7) Einführung einer Ausbildungsgarantie
- (8) Staatliche Unterstützungszahlungen für in Not geratene Unternehmen
- (9) Absenkung der Mehrwertsteuer
- (10) Absicherung der Investitionen von deutschen Unternehmen in China
- (11) Auszahlung eines Kinderbonus in Höhe von 100 Euro an alle Eltern
- (12) Verbot des Einstiegs chinesischer Firmen bei deutschen Unternehmen
- (13) Das geplante Verbot von Öl- und Gasheizungen in Neubauten
- (14) Einführung eines Bildungs- und Teilhabepakets, um Kinder aus bedürftigen Familien in Schule oder Verein zu unterstützen

**M**

"Wir legen zu viel Wert auf sozialen Ausgleich. Dadurch wird die Wirtschaft eingeengt und kann sich nicht wirklich frei entfalten."

"Wir legen zu wenig Wert auf sozialen Ausgleich. Unsere Marktwirtschaft ist nicht wirklich sozial, denn die Schwachen bleiben immer auf der Strecke."

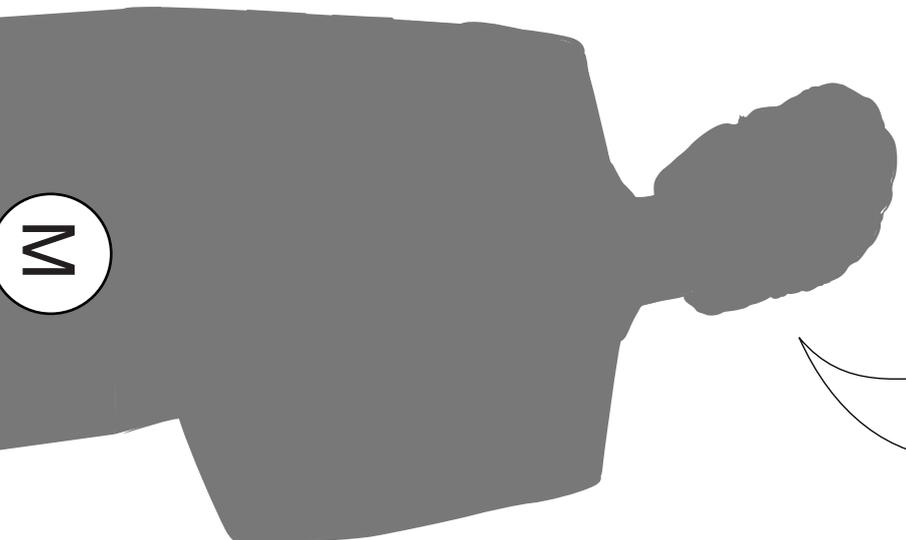
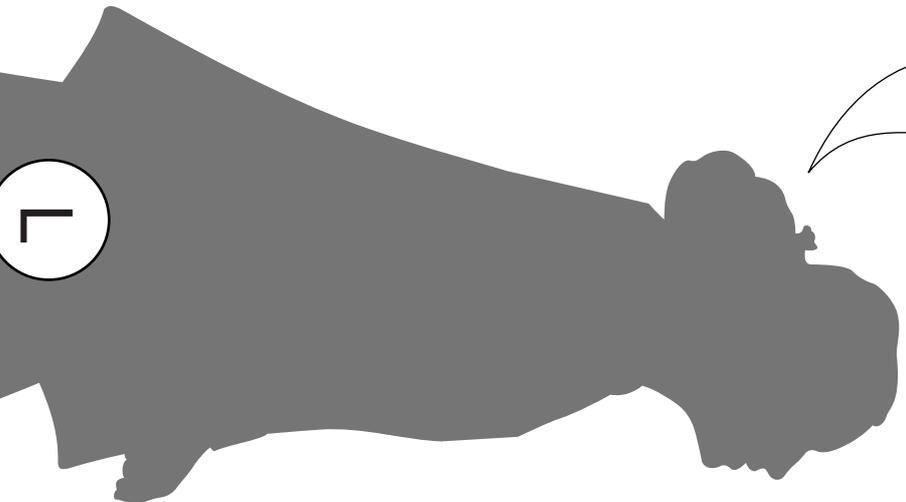
"Freie Marktwirtschaft und soziale Absicherung sind bei uns gut ausgewogen. Die sozialen Regelungen lassen der Wirtschaft noch genügend Spielraum und sorgen dafür, dass die Schwachen nicht untergehen."



"Wir legen zu viel Wert auf sozialen Ausgleich. Dadurch wird die Wirtschaft eingengt und kann sich nicht wirklich frei entfalten."

"Wir legen zu wenig Wert auf sozialen Ausgleich. Unsere Marktwirtschaft ist nicht wirklich sozial, denn die Schwachen bleiben immer auf der Strecke."

"Freie Marktwirtschaft und soziale Absicherung sind bei uns gut ausgewogen. Die sozialen Regelungen lassen der Wirtschaft noch genügend Spielraum und sorgen dafür, dass die Schwachen nicht untergehen."

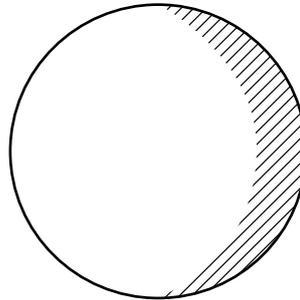


BILDBLATT 4

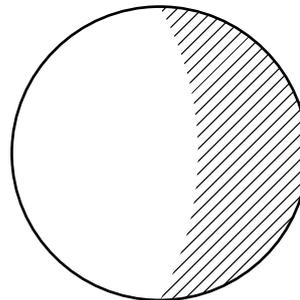
**Marktwirtschaft**

**Soziales**

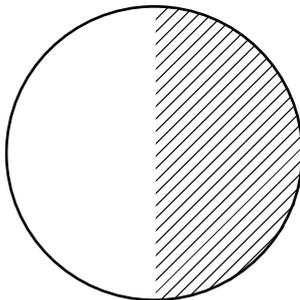
1



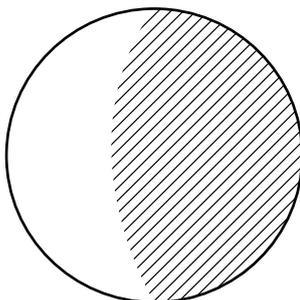
2



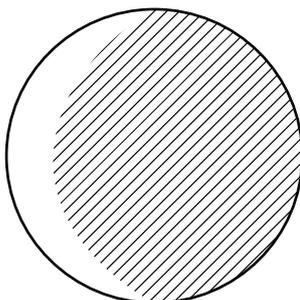
3



4



5



**Marktwirtschaft**

**Soziales**



BILDBLATT 5

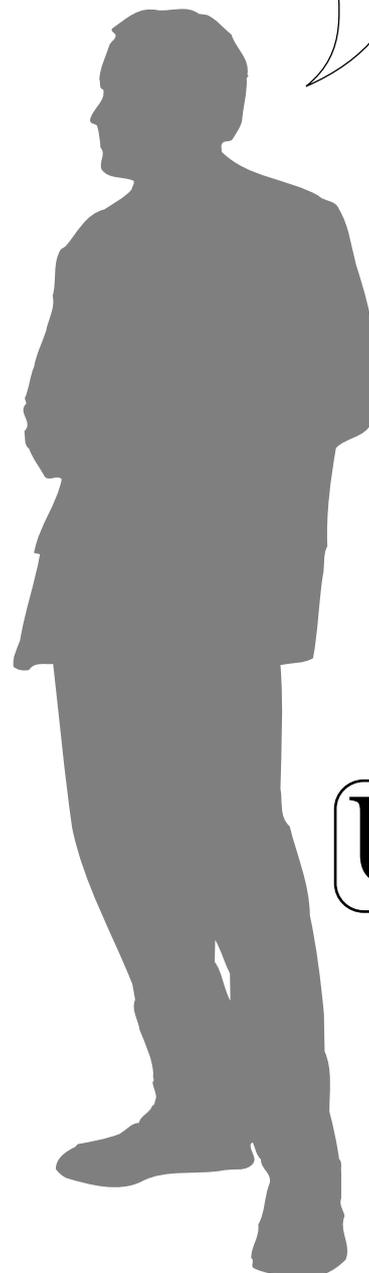
"Ich finde, die EU sollte auf Waren, die aus Nicht-EU-Staaten eingeführt werden, hohe Zölle erheben. Das macht ausländische Produkte teurer und führt dazu, dass mehr europäische Produkte gekauft werden. Das stärkt die Wirtschaft in der EU."

"Das sehe ich anders. Wenn Produkte aus Nicht-EU-Ländern durch Zölle teurer werden, steigen auch die Kosten für die Verbraucher, weil diese mehr Geld ausgeben müssen. Daher bin ich gegen hohe Zölle auf Waren aus Nicht-EU-Staaten."

**O**



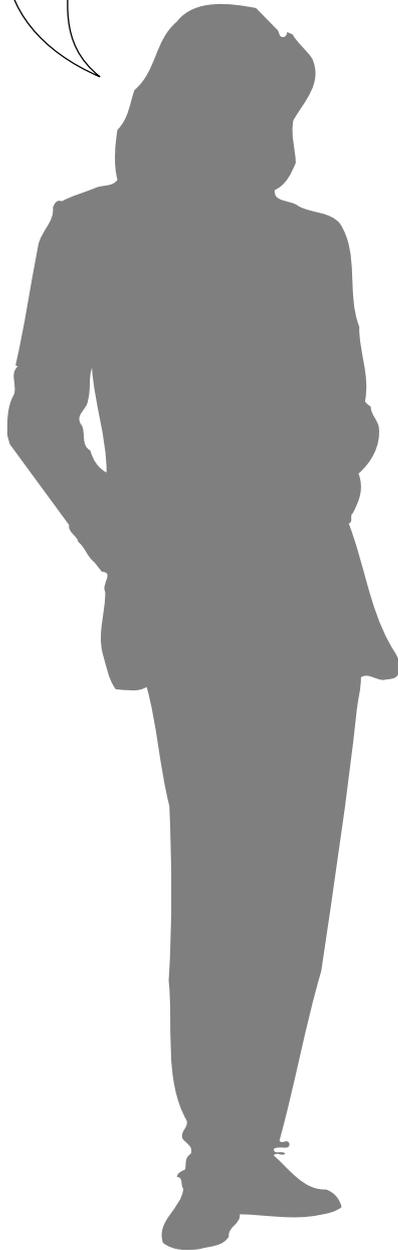
**U**



BILDBLATT 5

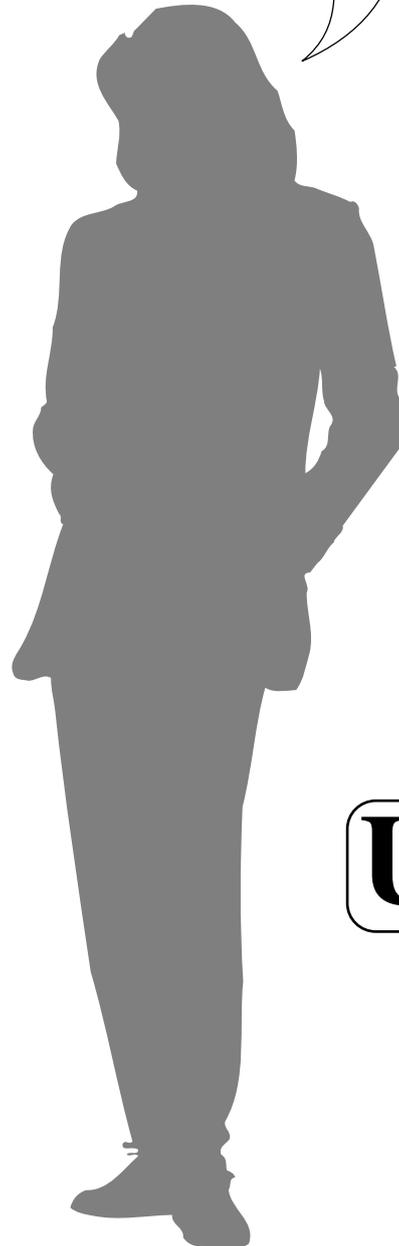
"Ich finde, die EU sollte auf Waren, die aus Nicht-EU-Staaten eingeführt werden, hohe Zölle erheben. Das macht ausländische Produkte teurer und führt dazu, dass mehr europäische Produkte gekauft werden. Das stärkt die Wirtschaft in der EU."

O



"Das sehe ich anders. Wenn Produkte aus Nicht-EU-Ländern durch Zölle teurer werden, steigen auch die Kosten für die Verbraucher, weil diese mehr Geld ausgeben müssen. Daher bin ich gegen hohe Zölle auf Waren aus Nicht-EU-Staaten."

U



**Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten, auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war. Die Interviewer haben den Befragten die Karten in zufälliger Reihenfolge in die Hand gegeben.**

1

**Konkurrenz und Wettbewerb sorgen für möglichst günstige Preise**

1

2

**Eine unabhängige Zentralbank sorgt dafür, dass die Preise möglichst stabil bleiben**

2

3

**Freie Berufswahl**

3

4

**Wenig Zölle zwischen verschiedenen Ländern, die den freien Handel hemmen**

4

5

**Freie Verfügung über das persönliche Eigentum**

5

6

**Jeder Mensch und jedes Unternehmen dürfen Verträge nach den eigenen Wünschen abschließen**

6

7

**Jeder Mensch und jedes Unternehmen haftet soweit wie möglich für eigene Entscheidungen**

7

8

**Die Politik sorgt für verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen**

8

6

Die Politik sorgt für verlässliche Rahmenbedingungen für Verbraucher

9.

01

Eine Wettbewerbsbehörde sichert den Wettbewerb und verhindert Monopole

10

11

Durch Steuern bzw. Sozialabgaben soll das Geld in unserer Gesellschaft so umverteilt werden, dass auch Bedürftige abgesichert sind

11

12

Durch Steuern und Abgaben werden unerwünschte Nebeneffekte des Wirtschaftens reduziert, z.B. wird der CO2-Ausstoß durch Abgaben gesenkt

12

13

Es gibt festgelegte Mindestlöhne, an die sich alle Unternehmen und staatliche Stellen halten müssen

13

14

Gewerkschaften und Arbeitgeber handeln die Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne Einflussnahme des Staates aus

14

15

Der Staat hält sich weitgehend aus der Wirtschaft heraus

15

16

Der Staat sorgt für eine soziale Absicherung von Rentnern, Kranken, Arbeitslosen usw.

16

71

**Der Staat bemüht sich darum, dass alle Menschen weitgehend gleiche Chancen im Leben haben, z.B. durch ein gutes Bildungssystem**

17

81

**Menschen, die sich selbst nicht helfen können, erhalten staatliche Unterstützung**

18

61

**Wenn der Staat für sozialen Ausgleich sorgen möchte, sollte er nicht in die Wirtschaft eingreifen, sondern durch Umverteilung gezielt Bedürftige unterstützen**

19

02

**Die Höhe der staatlichen Unterstützung hängt davon ab, wie viel man geleistet bzw. eingezahlt hat**

20